

Walter Süß

Das Verhältnis von SED und Staatssicherheit.

Eine Skizze seiner Entwicklung

Bitte zitieren Sie diese Online-Publikation wie folgt:

Walter Süß: Das Verhältnis von SED und Staatssicherheit. Eine Skizze seiner Entwicklung (BF informiert 17/1997). Hg. BStU. Berlin 1997.

<http://www.nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0292-97839421305925>

Mehr Informationen zur Nutzung von URNs erhalten Sie unter

<http://www.persistent-identifier.de/>

einem Portal der Deutschen Nationalbibliothek.

Die Bundesbeauftragte  
für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen  
Deutschen Demokratischen Republik  
Abteilung Bildung und Forschung  
10106 Berlin  
E-Mail: publikation@bstu.bund.de

Die Meinungen, die in dieser Schriftenreihe geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassungen der Autoren wieder. Abdruck und publizistische Nutzung sind nur mit Angabe des Verfassers und der Quelle sowie unter Beachtung des Urheberrechtsgesetzes gestattet.

Schutzgebühr für diese Lieferung: 2,50 €

Berlin 1997

ISBN 978-3-942130-59-2

urn:nbn:de:0292-97839421305925

## Inhalt

1	Normative Grundlagen	3
2	Institutionelle Subordination unter die SED	5
2.1	Die ZK-Abteilung für Sicherheitsfragen	8
2.2	Die Sicherheitskommission im Politbüro und der Nationale Verteidigungsrat	11
2.3	Die Parteiorganisation im MfS	14
2.4	Die territorialen Parteileitungen	16
2.5	Grenzen des Zugriffs auf die SED	17
3	MfS und KGB	18
4	Organisatorische Entwicklung des MfS	19
4.1	Strukturen	19
4.2	Personalbestand	21
4.3	Qualifizierung	23
5	Im Dienste der Partei	25
	Abkürzungsverzeichnis	35

"Die Partei stand seit der Bildung des MfS an der Spitze des Kampfes, den die Organe für Staatssicherheit zu führen hatten" – so die offiziöse Selbstdarstellung der Hochschule des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS).<sup>1</sup> Tatsächlich war dieses Unterordnungsverhältnis – entgegen nachträglichen Versuchen, das MfS als "Staat im Staate" hinzustellen<sup>2</sup> – eine Konstante in vier Jahrzehnten Geschichte der DDR. Die Hauptfunktionen dieses Zwitters von Geheimpolizei und Geheimdienst blieben ebenfalls gleich: Spionage und Spionageabwehr, vor allem aber innere Überwachung und Repression. Innerhalb dieses Rahmens war der Staatssicherheitsdienst einer Reihe von Veränderungen unterworfen. Die grundsätzliche institutionelle Regelung des Verhältnisses von SED und Staatssicherheit wurde jedoch bereits in den fünfziger Jahren getroffen. In dieser Phase wurden auch die entscheidenden politischen Weichen hinsichtlich des Beitrags des MfS zur Sicherung der Diktatur gestellt, deshalb wird sie im Vordergrund der Darstellung stehen.

## 1 Normative Grundlagen

Bei der Gründung der DDR und der Schaffung der verschiedenen Regierungsressorts war – aus bisher ungeklärten Gründen – noch kein spezifisches Ministerium für Staatssicherheit eingerichtet worden. Seine künftigen Aufgaben wurden zu diesem Zeitpunkt – außer von sowjetischen Dienststellen – vornehmlich vom Ministerium des Innern (MdI) wahrgenommen. Erst ein Vierteljahr nach der Staatsgründung, am 24. Januar 1950, erteilte das Politbüro die Weisung, im Ministerrat die Initiative zu ergreifen, ein solches Ministerium durch die Umwandlung der Hauptverwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft, die bis dahin zum MdI gehörte, einzurichten.<sup>3</sup> Ungenannt blieben in diesem Beschluß – ebenso wie später im Gesetz – die Arbeitsbereiche K 5 der Kriminalpolizei in der Deutschen Verwaltung des Innern (DVdI), dem Vorläufer des MdI, und auf Länderebene, aus denen manche MfS-Kader kamen. Sie hatten dort in enger Kooperation mit der sowjetischen Geheimpolizei, vor allem als seit 1948 eine Phase verschärfter Repression einsetzte, Erfahrungen in der Unterdrückung jeglicher Form möglicherweise politisch motivierten Widerstands gesammelt.<sup>4</sup>

---

Mein Dank gilt Roger Engelmann, Jens Gieseke und Silke Schumann, die das Manuskript durchgesehen und eine Reihe wertvoller Hinweise gegeben haben.

<sup>1</sup> "Studienmaterial zur Geschichte des Ministeriums für Staatssicherheit, Teil I", hrsg. von der Hochschule des MfS, 1980; BStU, ZA, Bibliothek SA 553/Ia, S. 43.

<sup>2</sup> "Sie [die Staatssicherheit] war zu sehr Staat im Staate. Das habe ich nachträglich erfahren." Erich Honecker in Reinhold Andert und Wolfgang Herzberg: Der Sturz. Erich Honecker im Kreuzverhör, Berlin 1990, S. 372.

<sup>3</sup> Beschluß des Politbüros vom 24.1.1950; Auszug in Dierk Hoffmann, Karl-Heinz Schmidt und Peter Skyba (Hrsg.): Die DDR vor dem Mauerbau. Dokumente zur Geschichte des anderen deutschen Staates 1949–1961, München 1993, S. 55f.

<sup>4</sup> Vgl. Norman M. Naimark: The Russians in Germany. A History of the Soviet Zone of Occupation, 1945–1949, Cambridge/London 1995, S. 353–397.

Am 8. Februar wurde das Gesetz in der Provisorischen Volkskammer eingebracht. Innenminister Karl Steinhoff erklärte, die Aufgabe des künftigen Ministeriums sei es, "einen rücksichtslosen Kampf gegen alle Schädlinge, Saboteure und Banditen zu führen und damit unsere demokratische Entwicklung, unsere Friedenswirtschaft und unseren Wirtschaftsplan zu sichern". Anschließend wurde das Gesetz über die Bildung eines Ministeriums für Staatssicherheit in 1. und 2. Lesung einstimmig und ohne Diskussion – das Neue Deutschland argumentierte: „seiner Bedeutung und Wichtigkeit entsprechend“ – verabschiedet.<sup>5</sup> Mit der Verkündung durch Präsident Pieck am 18. Februar 1950 trat es in Kraft. Der Gesetzestext enthielt einen einzigen inhaltlichen Satz, mit dem die Einrichtung des Ministeriums bekanntgegeben wurde, ohne seine Aufgaben und Kompetenzen zu benennen.<sup>6</sup> Daß es sich jedoch um ein ganz besonderes Ministerium handelte, kam nicht zuletzt darin zum Ausdruck, daß der Dienst befugt war, im Auftrag der Politbürokratie andere Minister zu verhaften, so 1952 Handelsminister Karl Hamann (LDP), 1953 Justizminister Max Fechner (SED) und Außenminister Georg Dertinger (CDU).<sup>7</sup>

Genaueren Aufschluß über die Aufgaben und Pflichten des Staatssicherheitsdienstes geben seine beiden "Statuten" von 1953 und 1969. Das erste "Statut des Staatssekretariats für Staatssicherheit" wurde am 23. September 1953 von ausgewählten Politbüro-Mitgliedern im Rahmen umfassenderer Veränderungen im Verhältnis von SED und Staatssicherheit, auf die noch zurückzukommen sein wird, bestätigt<sup>8</sup> und dann am 15. Oktober durch Ministerpräsident Grotewohl unterzeichnet. Als "Grundlage für die Arbeit des Staatssekretariats für Staatssicherheit" hatten demnach zu gelten: "die Beschlüsse und Direktiven des ZK bzw. des Politbüros der SED, die Gesetze und Verordnungen bzw. die Anweisungen des Ministerpräsidenten sowie die Befehle und Anweisungen des Ministers des Innern."<sup>9</sup> Die Reihenfolge umschreibt auch eine Rangfolge: Zuerst kamen die leitenden Parteiorgane und dann erst staatliche Normativakte. Die Staatssicherheit erhielt durch das Statut unter anderem "das Recht:

- a) Verhaftungen von feindlichen Spionen, Agenten und Diversanten vorzunehmen, [...]
- c) zur Aufdeckung, Unterbindung und Entlarvung feindlicher Tätigkeit die Zensur, die Beobachtung und die Verwendung technischer Mittel (Abhören) durchzuführen, [...]
- e) sich der Möglichkeit zu bedienen, die andere Polizeiorgane oder sonstige Einrichtungen haben, um die feindliche Tätigkeit erfolgreich zu bekämpfen."

---

<sup>5</sup> Neues Deutschland vom 9.2.1950, S. 1 und 7.

<sup>6</sup> Gesetz über die Bildung eines Ministeriums für Staatssicherheit; GBl. DDR 1950, Nr. 15 vom 21.2.1950, S. 95.

<sup>7</sup> Vgl. Karl Wilhelm Fricke: Justiz im Auftrag der Partei. Der Fall Max Fechner als Beispiel, in: Gisela Helwig (Hrsg.): Rückblicke auf die DDR. Festschrift für Ilse Spittmann-Rühle, Köln 1995, S. 26–35; Thomas Klein: Widerspruch und abweichendes Verhalten in der SED, in: Materialien der Enquete-Kommission: "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland" (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hrsg. vom Deutschen Bundestag, Baden-Baden 1995, Bd. VII, S. 1031–1079, hier 1042–1045; Jochen Franke: Der Fall Dertinger und seine parteiinternen Auswirkungen. Eine Dokumentation, in: Deutschland Archiv, 25 (1992), S. 286–298.

<sup>8</sup> Beschluß des Politbüros vom 23.9.1953; SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/202/62.

<sup>9</sup> "Statut des Staatssekretariats für Staatssicherheit" vom 15.10.1953; BStU, ZA, SdM 1574.

Die Vermischung von geheimdienstlichen und geheimpolizeilichen Kompetenzen in diesem Statut ist unübersehbar. Es blieb bis 1969 in Kraft.

Am 30. Juli 1969 unterzeichnete Erich Honecker als Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates (NVR), dem das MfS wie alle "bewaffneten Organe" seit 1960 unterstand, das zweite "Statut des Ministeriums für Staatssicherheit". Es wurde nun als "Organ des Ministerrats" definiert, das "als Sicherheits- und Rechtspflegeorgan die Sicherheit und den Schutz" der DDR zu gewährleisten habe. Als Handlungsgrundlagen wurden bestimmt:

"Das MfS verwirklicht seine Aufgaben auf der Grundlage des Programmes der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands; der Beschlüsse des Zentralkomitees und des Politbüros des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands; der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik, der Gesetze und Beschlüsse der Volkskammer; der Erlasse und Beschlüsse des Staatsrates; der Beschlüsse und Anordnungen des Nationalen Verteidigungsrates und der Befehle, Direktiven und Weisungen seines Vorsitzenden; der Verordnungen und Beschlüsse des Ministerrates und anderer allgemeinverbindlicher Richtlinien."

Als "Hauptaufgaben des MfS" werden unter anderem genannt:

"a) feindliche Agenturen zu zerschlagen, Geheimdienstzentralen zu zersetzen und andere politisch-operative Maßnahmen gegen die Zentralen des Feindes durchzuführen [...];

d) die zuständigen Partei- und Staatsorgane rechtzeitig und umfassend über feindliche Pläne, Absichten und das gegnerische Potential sowie über Mängel und Ungesetzlichkeiten zu unterrichten".<sup>10</sup>

Geheimdienstliche und geheimpolizeiliche Aufgaben gehen auch in dieser Beschreibung ineinander über, ergänzt um eine polizeiunspezifische allgemeine Kontrollpflicht. Ausdrücklich wurde in diesem Statut die Arbeit mit inoffiziellen Mitarbeitern bestätigt:

"Das MfS führt den Kampf gegen die Feinde in enger Zusammenarbeit mit den Werktätigen und mit Unterstützung aufrechter Patrioten. Auf der Grundlage des Vertrauens und der bewußten Verantwortung ist die revolutionäre Massenwachsamkeit in der Deutschen Demokratischen Republik weiter zu erhöhen. Das MfS stützt sich dabei auf eine breite gesellschaftliche Basis, um [...] zu einer weitgehenden Reduzierung und Ausschließung störender und hemmender Faktoren der Entwicklung in allen gesellschaftlichen Bereichen beizutragen."

## 2 Institutionelle Subordination unter die SED

Das Ausmaß der Unterordnung des MfS unter die SED wird in diesen staatlichen Normativakten nicht vollständig sichtbar. Grundlegend war die Mitarbeiterstruktur: Um "Tschekist" zu werden, mußte man Mitglied der SED oder zumindest des Jugendverbandes sein. In den Richtlinien zur Kaderarbeit von 1953 wurde festgelegt: "Die Einstellung in das Staatssekretariat für Staatssicherheit wird aus überprüften und politisch einwandfreien Mitgliedern der SED und

---

<sup>10</sup> "Statut des Ministeriums für Staatssicherheit" vom 30.7.1969; BStU, ZA, SdM 1574.

FDJ vorgenommen".<sup>11</sup> Damit waren die hauptamtlichen Mitarbeiter einer doppelten Disziplin unterworfen: der ihres Ministeriums und der der Partei.

Die politische Anleitung des Staatssicherheitsdienstes erfolgte nicht in erster Linie durch die Parteiorganisation im MfS, sondern unmittelbar durch die Politbürokratie. In noch höherem Maße als andere Teile des Staatsapparates war das MfS von Anfang an der SED-Spitze unterstellt. Es gab allerdings in dieser ersten Phase zwei dem Durchgriff des Ersten Sekretärs entgegenstehende Faktoren: besonders in den ersten Jahren die dominante Rolle von Instruktoren des sowjetischen KGB, auf die noch zurückzukommen sein wird, und außerdem die Personalunion von Staats- und Parteiamt an der Spitze der Staatssicherheit. Wilhelm Zaisser, der erste Minister für Staatssicherheit, war im Politbüro für die Sicherheitsapparate zuständig.<sup>12</sup> Damit kontrollierte sich die Staatssicherheit in den ersten Jahren teilweise politisch selbst.<sup>13</sup> Zaisser, der in den 30er Jahren für den sowjetischen militärischen Geheimdienst tätig gewesen war,<sup>14</sup> war zudem bemüht, die Partei aus der operativen Tätigkeit möglichst herauszuhalten. Aber es gab dennoch keinen Zweifel daran, daß die SED-Führung schon damals die Richtung dieser Tätigkeit bestimmte. Die Massenverhaftungen jener Jahre gingen auf Entscheidungen der politischen Führungsspitze zurück, die freilich selbst unter starkem sowjetischem Einfluß stand.<sup>15</sup> In bedeutenden politischen Prozessen wurde die Anklageschrift durch das Politbüro genehmigt.<sup>16</sup>

Das Versagen der Staatssicherheit am 17. Juni wurde von Ulbricht zum Anlaß genommen, das Verhältnis zwischen dem SED-Apparat und seiner Geheimpolizei grundsätzlich umzustrukturieren und über die Einrichtung einer Sicherheitskommission des Politbüros und einer Abteilung für Sicherheitsfragen im ZK-Apparat stärker zu institutionalisieren. Dem neuen Staatssekretär

---

<sup>11</sup> Dienstanweisung 43/53 vom 6.11.1953, zitiert nach Jens Gieseke: Die Hauptamtlichen 1962. Zur Personalstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit, in: Deutschland Archiv 27 (1994), S. 940–953, hier 950.

<sup>12</sup> Wilhelm Zaisser (1893–1958); geb. in Rotthausen bei Gelsenkirchen; Volksschullehrer; 1919 Eintritt in die KPD; in der KPD-Leitung zuständig für militärische Schulung; 1927 Mitarbeiter der Kommunistischen Internationale in Moskau; 1932 Mitglied der KPdSU (B); 1936–1938 als "General Gomez" im Spanischen Bürgerkrieg; 1938–1939 Mitarbeiter des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale in Moskau, 1939–1943 Chefredakteur, 1943–1946 Lehrer an Antifa-Schulen; 1947 Rückkehr nach Deutschland und Mitglied der SED; 1947/48 Leiter der Landesbehörde der Polizei Sachsen-Anhalt; 1948–1950 sächsischer Innenminister; 1950–1953 Minister für Staatssicherheit; 1954 Parteiausschluß; bis zu seinem Tod als Übersetzer tätig.

<sup>13</sup> Vgl. Silke Schumann: Die Parteiorganisation der SED im Ministerium für Staatssicherheit Berlin 1950–1957. Aufbau und Tätigkeitsfelder, Magisterarbeit an der Philosophischen Fakultät I der Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin 1996, S. 22.

<sup>14</sup> Vgl. Karl Wilhelm Fricke: Die DDR-Staatssicherheit. Entwicklung Strukturen Aktionsfelder, Köln 1982, S. 205.

<sup>15</sup> Vgl. Hermann Weber: Schauprozeß-Vorbereitungen in der DDR, in: ders. und Dietrich Staritz (Hrsg.): Kommunisten verfolgen Kommunisten. Stalinistischer Terror und "Säuberungen" in den kommunistischen Parteien Europas seit den dreißiger Jahren, Berlin 1993, S. 436–449.

<sup>16</sup> Vgl. Karl Wilhelm Fricke: Das MfS als Instrument der SED am Beispiel politischer Strafprozesse, in: Siegfried Suckut und Walter Süß (Hrsg.): Staatspartei und Staatssicherheit. Zum Verhältnis von SED und MfS, Berlin 1997, S. 199–212.

für Staatssicherheit, Ernst Wollweber,<sup>17</sup> wurde das Privileg verweigert, dem engsten Machtzirkel anzugehören; er wurde nicht in das Politbüro aufgenommen. Als seine eigene Position abstützende informelle Regelung pflegte Ulbricht ein besonders enges Verhältnis zu Wollwebers "erstem Stellvertreter", Erich Mielke,<sup>18</sup> der ihn – an seinem Vorgesetzten vorbei – direkt mit brisanten Informationen versorgte.<sup>19</sup>

Als aber Mielke im Jahre 1957 schließlich selbst Minister wurde, ließ Ulbricht ihn nicht in das innerste Machtzentrum vordringen. Mielke blieb vorerst einfaches ZK-Mitglied. Erst nachdem Honecker neuer Erster Sekretär geworden war, wurde Mielke nach dem VIII. Parteitag 1971 als Kandidat in das Politbüro aufgenommen; fünf Jahre später wurde er Vollmitglied. Mit dieser formellen Aufwertung der Spitze der Staatssicherheit kombinierte Honecker ein informelles Verhältnis, analog dem, das sein Vorgänger mit Mielke gepflegt hatte. Entscheidungen, die das MfS betrafen, wurden – von wann ab, ist noch nicht eindeutig zu sagen – jeglichen Restbeständen "kollektiver Führung" entzogen und in den "Diensttagsgesprächen" unter vier Augen getroffen. Zudem entschied Honecker darüber, welche Informationen aus der Staatssicherheit, die ihm Mielke zukommen ließ, auch seinen anderen Genossen im Politbüro zugänglich gemacht wurden.<sup>20</sup> Wie weit die Subordination von Mielke unter Honecker tatsächlich gegangen ist, ist schwer zu sagen. Auf jeden Fall aber verschaffte ihm dieser privilegierte Zugang zum Ersten Mann in SED und Staat eine starke Position gegenüber allen anderen Teilen des Parteiapparates.

---

<sup>17</sup> Ernst Wollweber (1898–1967); geb. in Hannoversch-Münden; Matrose; 1918 führend am Matrosenaufstand beteiligt; 1919 KPD; 1920/21 und 1923–1924 Leiter von Militärorganisationen der KPD; 1924–1926 Hochverratsprozeß und Gefängnis; 1928–1932 Abgeordneter im Preussischen Landtag, 1932 bis März 1933 im Deutschen Reichstag; 1933 Sekretär der Internationale der Seeleute und Hafentarbeiter in Kopenhagen; ab 1934 in der Sowjetunion; ab 1936 Aufbau einer Organisation für Schiffssabotage gegen faschistische Staaten; 1940 in Schweden verhaftet und verurteilt; 1944 Ausreise in die Sowjetunion; 1946 Rückkehr nach Deutschland und Mitglied der SED; 1946–1953 führend im Ministerium für Verkehrswesen tätig; 1953–1957 Staatssekretär bzw. Minister für Staatssicherheit; 1954–1958 Mitglied des ZK der SED; 1958 bis zum Tod Rentner.

<sup>18</sup> Erich Mielke (geb. 1907 in Berlin); Speditionskaufmann; 1927 Eintritt in die KPD; 1928–1931 Lokalreporter der "Roten Fahne"; nach der Ermordung von zwei Polizisten (für die er 1993 zu 6 Jahren Gefängnis verurteilt wurde) 1931 Flucht in die Sowjetunion; 1936–1939 Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg; 1939–1943 in der Illegalität in Belgien und Frankreich; 1943 verhaftet; 1944 Zwangsarbeiter in der Organisation Todt; 1945 Rückkehr nach Berlin, Karriere in der Volkspolizei, zuletzt 1949 Vizepräsident der Deutschen Verwaltung des Innern; 1949/50 Leiter der Hauptverwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft; 1950–1957 Staatssekretär bzw. stellvertr. Staatssekretär für Staatssicherheit; 1957–1989 Minister für Staatssicherheit; 1950–1989 Mitglied des ZK der SED; 1971 Kandidat und 1976–1979 Mitglied des Politbüros der SED; von Dezember 1989 – mit kurzer Unterbrechung – bis Juli 1995 in Haft; Rentner.

<sup>19</sup> Vgl. Roger Engelmann und Silke Schumann: Kurs auf die entwickelte Diktatur. Die Neuausrichtung des Staatssicherheitsdienstes 1956/57, BStU, BF informiert 1/1995, Berlin 1995, S. 11f.

<sup>20</sup> Vgl. Werner Krolkowski: Information über ein Gespräch zwischen W. Stoph und E. Mielke am 13.11.1980, in: Peter Przybylski: Tatort Politbüro. Die Akte Honecker, Berlin 1991, S. 345–348, hier 346.



## 2.1 Die ZK-Abteilung für Sicherheitsfragen

Im Apparat des Zentralkomitees wurde im August 1953 unter Leitung von Gustav Röbeln eine Abteilung für Sicherheitsfragen zur Kontrolle der Parteiarbeit in den "bewaffneten Organen" eingerichtet. Sie war Ulbricht unterstellt, der zur gleichen Zeit im Politbüro die Verantwortung für Sicherheitsfragen übernahm.<sup>21</sup> Ab 1956 war dafür – unter fortdauernder Oberaufsicht durch Ulbricht – Erich Honecker als Sekretär der Sicherheitskommission des Politbüros zuständig, von 1958 bis 1971 in seiner Funktion als ZK-Sekretär für Sicherheit. Seine Nachfolger in diesem Amt, die alle nicht mehr Honeckers Machtfülle erreichten, waren Paul Verner (1971–1983) und Egon Krenz (1983–1989), dann noch für einige Wochen im Herbst Wolfgang Herger.<sup>22</sup> Die ersten Leiter der ZK-Abteilung für Sicherheitsfragen waren Parteifunktionäre mit einschlägigen Erfahrungen. Gustav Röbeln (1953–1956) hatte sie im Partisanenkampf und in der Roten Armee gesammelt; Walter Borning (1956–1972) bei der Kasernierten Volkspolizei.<sup>23</sup> Ihr Nachfolger Generalleutnant Herbert Scheibe (1972–1985) kam von der NVA. Erst Wolfgang Herger (1985–1989), der seine entscheidenden Karrieresprünge bei der FDJ gemacht hatte, war Zivilist. Der letzte, nur wenige Wochen amtierende Leiter dieser Abteilung, Konteradmiral Peter Mieth, kam wiederum von der NVA.

In der Abteilung für Sicherheitsfragen waren ursprünglich zwei "Sektoren", ab 1957 ein "Sektor" für die Staatssicherheit zuständig.<sup>24</sup> Er gab Anleitungen für die politische Arbeit in den Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen, überprüfte sie auch in "Brigadeeinsätzen", war aber nicht für die operative Arbeit zuständig.<sup>25</sup> Über die Zusammensetzung dieses Sektors in den ersten Jahren ist bisher wenig bekannt. Ein Stellenplan von Anfang 1957 weist vier Stellen aus: ein Leiter, zwei Instruktoren und eine Sekretärin.<sup>26</sup> Zur gleichen Zeit wurde ein neuer Sektorenleiter eingesetzt: Oberst Artur Hofmann (1957–1960), der von der Hauptabteilung III des MfS (zuständig für Wirtschaft) kam und nun als MfS-Offizier im besonderen Einsatz (OibE)

---

<sup>21</sup> Vgl. Schumann: Parteiorganisation, S. 33.

<sup>22</sup> Dem Gremium zur Anleitung und Kontrolle der "bewaffneten Organe", dem Nationalen Verteidigungsrat (siehe unten), gehörte Paul Verner nicht an. Offenbar wollte Honecker als dessen Vorsitzender mögliche Rivalität von vornherein ausschalten. Als Krenz 1983 ZK-Sekretär wurde, hatte sich bereits die Regelung der meisten politischen Fragen, die die Staatssicherheit betrafen, in vertraulichen Gesprächen zwischen Mielke und Honecker abgespielt.

<sup>23</sup> 1957 war wahrscheinlich nur für wenige Wochen Kurt Riemer Leiter der Abteilung. Er hatte Ende der vierziger Jahre in der Hauptverwaltung zum Schutz des Volkseigentums und danach in der ZPKK und im Mdi gearbeitet. Von der Sicherheitskommission wurde er auf einer Sitzung am 3.4.1957 als "Leiter der Abteilung für Sicherheitsfragen beim Zentralkomitee der SED bestätigt", ist aber in dieser Funktion – aus bisher unbekanntem Gründen – auch intern nicht in Erscheinung getreten. Vgl. Protokoll der 15. Sitzung der Sicherheitskommission des ZK am 3.4.1957; BA-MA, DVW 1/39557, Bl. 2.

<sup>24</sup> Vgl. Schumann: Parteiorganisation, S. 31.

<sup>25</sup> Vgl. ebenda, S. 65.

<sup>26</sup> Anlage 5 zum Protokoll der 15. Sitzung der Sicherheitskommission des ZK am 3.4.1957; BA-MA, DVW 1/39557.

sein Herkunftsministerium politisch kontrollieren sollte.<sup>27</sup> Die Konstellation, daß die im Parteiapparat für die Staatssicherheit zuständige Organisationseinheit mit OibE als leitendem Personal besetzt war, – ebenso war für die NVA ein zum Parteiapparat abgestellter NVA-Offizier zuständig – wurde bis zum Ende beibehalten.<sup>28</sup> Das ist schon am Dienstgrad der jeweiligen Leiter des "Sektors Staatssicherheit" ablesbar. Sie brachten es allesamt im Laufe ihrer Tätigkeit zum MfS-Generalmajor: Fritz Renckwitz (1960–1975), Martin Appelfeller (1975–1986) und Fritz Bengelsdorf (1986–1989). Die gleiche Konstellation bestand in den Abteilungen Sicherheitsfragen der meisten SED-Bezirksleitungen. Durch die zumindest doppelte Loyalität der Verantwortlichen verringerten sich die Chancen einer echten Kontrolle durch die Partei. Hinzu kam die "fachliche" Geringschätzung der in den Parteiapparat gewechselten MfS-Kader durch ihre ehemaligen Vorgesetzten.

Trotz der engen Verflechtung zwischen Kontrollorgan und Ministerium – die nach 1957 nachzuweisen, in den Jahren zuvor bisher nur zu vermuten ist – kam es zwischen ihnen zu Auseinandersetzungen. Dabei ist allerdings jeweils zu prüfen, ob es sich tatsächlich um Konflikte zwischen diesen beiden Institutionen handelte oder um Differenzen in der Parteispitze, bei denen die ZK-Abteilung von bestimmten Politbüro-Mitgliedern für ihre Manöver instrumentalisiert worden ist. So legte die Abteilung für Sicherheitsfragen – gewiß in Absprache mit Ulbricht, der im Begriff war, Wollweber zu demontieren – im Oktober 1956 eine vernichtende Manöverkritik zu einer militärischen Übung unter Regie des MfS vor.<sup>29</sup> Damit wurde die – wie Wollweber in seinen "Erinnerungen" schreibt<sup>30</sup> – von ihm selbst aus machttaktischen Gründen gewünschte Ausgliederung der Grenz-, Transport- und Bereitschaftspolizei aus dem MfS zu einer Demütigung des Staatssicherheitsministers genutzt. Für die genannten "bewaffneten Organe" war ab Februar 1957 das Ministerium des Innern zuständig. Wenige Wochen später wurden in einem vom Politbüro angeordneten "Brigadeeinsatz" in Magdeburg und Potsdam schwere Mängel in der Arbeit festgestellt, die von den an der Überprüfung beteiligten MfS-Kadern den regionalen Diensteinheiten angelastet wurden, während die Abteilung Sicherheitsfragen das Ministerium selbst beschuldigte, zu geringe Wachsamkeit angesichts der "feindlichen Tätigkeit" konterrevolutionärer Kreise gezeigt zu haben.<sup>31</sup>

---

<sup>27</sup> Vgl. Maria Haendcke-Hoppe-Arndt: Die Hauptabteilung XVIII: Volkswirtschaft (Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte, Struktur, Methoden. MfS-Handbuch, hrsg. von Klaus-Dietmar Henke, Siegfried Suckut, Clemens Vollnhals, Walter Süß, Roger Engelmann, Teil III/10), BStU, Berlin 1997, S. 22.

<sup>28</sup> Vgl. Jens Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit (Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte, Struktur, Methoden. MfS-Handbuch, hrsg. von Klaus-Dietmar Henke, Siegfried Suckut, Clemens Vollnhals, Walter Süß, Roger Engelmann, Teil IV/1), BStU, Berlin 1995, S. 8.

<sup>29</sup> Vgl. Otto Wenzel: Kriegsbereit. Der Nationale Verteidigungsrat der DDR 1960 bis 1989, Köln 1995, S. 20.

<sup>30</sup> Wollweber war überaus bewußt, daß seinem Vorgänger Zaisser u. a. zum Vorwurf gemacht worden war, er habe zu viel Macht in seinen Händen konzentriert. Wegen Ulbrichts "Hang zu Wiederholungen" wollte er diesen Vorwurf präventiv parieren; vgl. Ernst Wollweber: Aus Erinnerungen. Ein Porträt Walter Ulbrichts, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 32 (1990), S. 350–378, hier 362.

<sup>31</sup> Vgl. Engelmann/Schumann: Kurs, S. 17–19.

Anfang der sechziger Jahre versuchte die Abteilung für Sicherheitsfragen – mit Rückendeckung durch Hermann Matern – den Überwachungseifer der Staatssicherheit und die permanente Verletzung gesetzlicher Bestimmungen einzudämmen, um das Verhältnis der Bevölkerung zum Regime nicht weiter zu verschlechtern. Diesem zeitweiligen Bemühen – wahrscheinlich nur eine äußerliche Reverenz an die zweite Entstalinisierungswelle in der späten Chruschtschow-Ära – war aber offenbar kein Erfolg beschieden.<sup>32</sup>

Eine wesentliche Aufgabe der Abteilung für Sicherheitsfragen blieb bis zum Schluß die Kontrolle der Kaderpolitik im MfS, genauer gesprochen der Karrieren jener höheren Leitungskader, die in einer Nomenklatur geführt wurden. Kaderentscheidungen auf dieser Ebene waren gemeinsam von dem Leiter der MfS-Hauptabteilung Kader und Schulung und der Abteilung für Sicherheitsfragen vorzubereiten, ehe sie dem Minister vorgelegt wurden.<sup>33</sup> Je nach Dienststellung und Dienstgrad waren dann noch weitere Gremien zuständig, ehe es zu einer endgültigen Entscheidung kam. Um diese Zuständigkeiten wurde zäh gerungen, nicht zuletzt weil Mielke bemüht war, äußere Einflüsse möglichst zurückzudrängen. Im Jahre 1986, als er in dieser Hinsicht am weitesten vorangekommen war, verteilte sich die Zuständigkeit für die Leitungspositionen im MfS auf folgende Gremien: In die Nomenklatur und damit in die Entscheidungskompetenz des Politbüros fielen der Minister für Staatssicherheit sowie die Ernennung, Beförderung und Entlassung von Generälen.<sup>34</sup> Zur Nomenklatur des Nationalen Verteidigungsrates gehörten 31 Positionen (1981 waren es noch 40 gewesen), unter anderem die stellvertretenden Minister, die Leiter einiger besonders wichtiger Hauptabteilungen und aller Bezirksverwaltungen. Das Sekretariat des ZK war für den 1. und den 2. Sekretär der SED-Kreisleitung im MfS zuständig. Und zur Kontrollnomenklatur der Abteilung für Sicherheitsfragen gehörten unter anderem die stellvertretenden Leiter verschiedener Hauptabteilungen und die Stellvertreter Operativ in den Bezirksverwaltungen. Die Verringerung von zuvor 94 auf 37 Stellen ging auf einen Vorschlag des Leiters der Abteilung Sicherheitsfragen, Herger, zurück.<sup>35</sup> Unmittelbarem Parteieinfluß, entweder des Politbüros selbst oder vermittelt über den Nationalen Verteidigungsrat, war insofern tatsächlich nur die Spitze des Staatssicherheitsdienstes unterworfen. Aber auch für Karriereschritte auf unterer und mittlerer Ebene waren natürlich Einschätzungen der jeweiligen Parteiorganisationen im MfS von Bedeutung, waren doch alle MfS-Angehörigen "verpflichtet, der Arbeiterklasse und der marxistisch-leninistischen Partei sowie ihrem sozialistischen Staat treu und ergeben zu sein..."<sup>36</sup>

---

<sup>32</sup> Vgl. Siegfried Suckut: Generalkontrollbeauftragter der SED oder gewöhnliches Staatsorgan? Parteiinterne Probleme der Funktionsbestimmung des MfS in den sechziger Jahren, in: Suckut/Süß (Hrsg.): Staatspartei, S. 151–168.

<sup>33</sup> Vgl. Richtlinie über die Zusammenarbeit der Abteilung für Sicherheitsfragen des ZK mit dem MfS vom 18.1.1978; BStU, ZA, SdM 664, Bl. 124–135.

<sup>34</sup> Vgl. die Übersicht bei Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter (MfS-Handbuch, IV/1), S. 6f.

<sup>35</sup> Vgl. Wenzel: Kriegsbereit, S. 46f.

<sup>36</sup> Dienstlaufbahnordnung vom 13.7.1972; BStU, ZA, DSt 101352, S. 2.

## 2.2 Die Sicherheitskommission im Politbüro und der Nationale Verteidigungsrat

Für die Verknüpfung von Politbürokratie und Staatssicherheit bedeutsamer als die Abteilung für Sicherheitsfragen war die Einrichtung einer Sicherheitskommission beim Politbüro der SED im Jahr 1953.<sup>37</sup> Die Zusammensetzung dieses Gremiums zeigt die Verquickung von Partei- und Staatsfunktionen besonders deutlich: Ihr Vorsitzender war Walter Ulbricht, 1. Sekretär des ZK der SED und 1. Stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates. Weitere Mitglieder waren: Otto Grotewohl (Mitglied des Politbüros und Ministerpräsident); Willi Stoph (Mitglied des Politbüros, Innenminister und Stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates); Erich Wollweber (Mitglied des ZK und Staatssekretär für Staatssicherheit). Daneben gehörten ihr drei Mitglieder an, die allein Parteifunktionen hatten: Hermann Matern (Mitglied des Politbüros und Vorsitzender der Zentralen Parteikontrollkommission); Karl Schirdewan (Mitglied des Politbüros und ZK-Sekretär für die "Leitenden Organe der Partei und der Massenorganisationen"); und Gustav Röbbelen (Leiter der ZK-Abteilung Sicherheit).<sup>38</sup>

Künftige Mitglieder dieses Gremiums<sup>39</sup> trafen – noch ehe es sich offiziell konstituiert hatte – am 23. September 1953 eine Reihe von einschneidenden Beschlüssen: Die Aufklärung, der im September 1951 gegründete "Außenpolitische Nachrichtendienst der DDR", der bis dahin unter der Tarnbezeichnung "Institut für Wirtschaftswissenschaftliche Forschung" (IWF) dem Außenministerium unterstanden hatte,<sup>40</sup> wurde in den Staatssicherheitsdienst eingegliedert. Verändert wurde die Struktur der Parteiorganisation im Staatssekretariat und das oben referierte Statut bestätigt. Zudem verfügten sie, daß die Leitung der Staatssicherheit "für die Durchführung der Beschlüsse des ZK und des Politbüros" verantwortlich sei.<sup>41</sup> Diese Festlegung wurde im Februar 1957 durch das Politbüro bekräftigt, das dekretierte, "daß für die Anleitung und Kontrolle des Ministeriums für Staatssicherheit die Sicherheitskommission verantwortlich ist".<sup>42</sup> Ein Stück weit hat sich damit das Politbüro selbst entmachtet, denn der Sicherheitskommission gehörten keineswegs alle seine Mitglieder an, sondern nur ein ausgewählter Kreis um den 1. Sekretär. Noch in anderer Hinsicht war das eine bemerkenswerte

---

<sup>37</sup> Vgl. Roger Engelmann: Diener zweier Herren. Das Verhältnis der Staatssicherheit zur SED und den sowjetischen Beratern 1950–1959, in: Suckut/Süß (Hrsg.): Staatspartei, S. 51–72; Schumann: Parteiorganisation, S. 32.

<sup>38</sup> Diese Angaben basieren auf dem ersten Protokoll der Sicherheitskommission, in dem die Namen der Anwesenden genannt wurden: Protokoll der Sitzung der Sicherheitskommission am 26.10.1954; BA-MA, DVW 1/39544. – G. Röbbelen wurde als Mitglied dieses Gremiums im November 1954 durch Erich Honecker, Kandidat des Politbüros, ersetzt.

<sup>39</sup> In dem Beschlußprotokoll werden folgende Politbüro-Mitglieder als Teilnehmer genannt: Ulbricht, Grotewohl, Matern, Schirdewan und Stoph. Als Vertreter der Staatssicherheit waren Staatssekretär Wollweber und seine beiden Stellvertreter Erich Mielke und Otto Walter anwesend. Beschluß des Politbüros vom 23.9.1953; SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/202/62.

<sup>40</sup> Vgl. Peter Siebenmorgen: "Staatssicherheit" der DDR. Der Westen im Fadenkreuz der Stasi, Bonn 1993, S. 111–114.

<sup>41</sup> Beschluß des Politbüros vom 23.9.1953.

<sup>42</sup> Beschluß des Politbüros vom 9.2.1957; dokumentiert in Engelmann/Schumann: Kurs, S. 49f.

Regelung: Ein Staatsorgan wurde nicht nur politisch, sondern sogar institutionell einem Parteigremium unterstellt, das dafür keinerlei gesetzliche Grundlagen hatte. Das gleiche galt für die Ministerien für Nationale Verteidigung und des Innern. Drei Jahre später, 1960, wurde durch das Gesetz über den Nationalen Verteidigungsrat, die Nachfolgeinstitution der Sicherheitskommission, das Verhältnis zwischen SED-Führung und "bewaffneten Organen" wieder gesetzlich formalisiert.<sup>43</sup>

In den fünfziger Jahren war auf zentraler Ebene die Sicherheitskommission und nicht die Abteilung Sicherheit im ZK-Apparat das entscheidende Bindeglied zwischen engerer Parteiführung und Geheimpolizei. An einem eindringlichen Beispiel hat Wollweber das im Jahr 1956 verdeutlicht:

"Bei der Verhaftung wichtiger Persönlichkeiten [...] entscheidet die Staatssicherheit nicht allein, sondern sie legt dann diese Entscheidungen der Sicherheitskommission vor, also nicht der Sicherheitsabteilung, sondern der Sicherheitskommission."<sup>44</sup>

Als Nachfolger der Sicherheitskommission des Politbüros wurde am 10. Februar 1960 zur Anleitung und Kontrolle der "bewaffneten Organe" der Nationale Verteidigungsrat ins Leben gerufen.<sup>45</sup> Seine 13 Mitglieder wurden ursprünglich durch den Präsidenten der Republik, später durch den Staatsrat ernannt. Die Zusammensetzung dieses Gremiums im Jahr 1960 unterschied sich in der institutionellen Gemengelage nicht wesentlich von jener ihres Vorgängers, der Sicherheitskommission, allerdings hatten darin deutlich mehr Staatsfunktionäre Sitz und Stimme. Unter dem Vorsitz von Ulbricht gehörten ihm jedoch ausschließlich SED-Mitglieder an, darunter mit staatlichen Funktionen: Otto Grotewohl, Heinz Hoffmann (1. Stellvertretender Verteidigungsminister), Bruno Leuschner (Vorsitzender der Staatlichen Plankommission), Karl Maron (Innenminister), Erich Mielke, Willi Stoph (Verteidigungsminister), Waldemar Verner (stellvertretender Verteidigungsminister) und Erich Honecker (Sekretär des Nationalen Verteidigungsrates). Daneben gab es vier Mitglieder, die allein Parteifunktionen innehatten und alle dem Politbüro angehörten. Zwei waren ZK-Sekretäre: Alfred Neumann und Albert Norden; außerdem der 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Magdeburg, Alois Pisnik, und der Vorsitzende der Zentralen Parteikontrollkommission, Hermann Matern.<sup>46</sup> Im Statut des Nationalen Verteidigungsrates von 1967 wurde diese Verschmelzung von Partei- und Staatsfunktionen schon an der Beschreibung der Kompetenzen des Vorsitzenden deutlich, der formell von der Volkskammer zu wählen war:

"Der Erste Sekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Vorsitzende des Staatsrates und des Nationalen Verteidigungsrates ist mit der Verkündung des Ver-

---

<sup>43</sup> Vgl. Armin Wagner: Der Nationale Verteidigungsrat der DDR als sicherheitspolitisches Exekutivorgan der SED, in: Suckut/Süß (Hrsg.): Staatspartei, S. 169–198.

<sup>44</sup> Referat auf der 26. ZK-Tagung am 22.3.1956, zitiert nach Hoffmann/Schmidt/Skyba (Hrsg.): Die DDR, S. 239f.

<sup>45</sup> Gesetz über die Bildung des Nationalen Verteidigungsrates der Deutschen Demokratischen Republik vom 10.2.1960; GBl. DDR I, Nr. 8 vom 13.2.1960.

<sup>46</sup> Vgl. Wenzel: Kriegsbereit, S. 327f.

teidigungszustandes der Oberbefehlshaber aller bewaffneten Kräfte der Deutschen Demokratischen Republik."<sup>47</sup>

Der Nationale Verteidigungsrat war sowohl für die Vorbereitung des Landesverteidigung zuständig wie für die "Abwehr konterrevolutionärer Aktionen."<sup>48</sup> Beide Funktionen hatte er von der Sicherheitskommission übernommen, wobei die letztgenannte Aufgabe in den fünfziger Jahren im Vordergrund stand. Nach dem 17. Juni 1953 waren zur "Niederschlagung von feindlichen Provokationen wie Streiks, Demonstrationen, Aufruhr und Revolten"<sup>49</sup> in den Bezirken Einsatzleitungen gebildet worden. Nach der gescheiterten ungarischen Revolution im Jahr 1956 war die Logistik für die gewaltsame Unterdrückung innerer Unruhen weiter ausgebaut worden.<sup>50</sup> Seither war auch geplant, die NVA im Falle innerer Unruhen einzusetzen, ein Vorhaben, von dem 1962 wegen ihrer Integration in den Warschauer Pakt und aus anderen Gründen wieder Abstand genommen wurde.<sup>51</sup> Eine Konsequenz war ein innenpolitischer Bedeutungszuwachs des MfS, das in seiner "Mobilmachungsplanung", die ab 1967 verstärkt in Angriff genommen wurde, allerdings immer beide Aspekte – Landesverteidigung und innere Repression – zu berücksichtigen hatte.

Wie weit der SED-Apparat über die einschlägigen Vorbereitungen des MfS,<sup>52</sup> insbesondere zur schlagartigen Festnahme von zuletzt 13.440 als unzuverlässig klassifizierten Personen (Planungsstand vom Dezember 1988) und ihre Verbringung in Untersuchungshaftanstalten und Isolierungslager,<sup>53</sup> im Detail informiert war, bedarf noch genauerer Forschung. Die grundsätzliche Entscheidung, am "Tag X" auf diesem Weg potentieller Opponenten Herr zu werden, hatte – so ist anzunehmen – die Billigung der Parteispitze. Im Nationalen Verteidigungsrat wurden allerdings, anders als zuvor in der Sicherheitskommission, Planungen des MfS kaum besprochen. Dort wurde der Staatssicherheitsdienst – außer im Kontext der allgemeinen Mobilmachungsplanung – ganz überwiegend im Zusammenhang mit kaderpolitischen Entscheidungen thematisiert.

---

<sup>47</sup> Statut des Nationalen Verteidigungsrates der Deutschen Demokratischen Republik vom 23.10.1967; BAMA, DVW 1/39487, Bl. 5–25.

<sup>48</sup> Ebenda.

<sup>49</sup> Befehl von Innenminister Stoph vom Januar 1954; zitiert nach Wagner: Verteidigungsrat, S. 177.

<sup>50</sup> Vgl. Joachim Krüger:

Votum für bewaffnete Gewalt. Ein Beschluß des SED-Politbüros vom November 1956, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 34 (1992), S. 75–85; Engelmann/Schumann: Kurs, S. 8.

<sup>51</sup> Vgl. Wagner: Verteidigungsrat, S. 190f.

<sup>52</sup> Hierfür grundlegend ist die um viele Durchführungsbestimmungen ergänzte Direktive 1/67 des Ministers für Staatssicherheit vom Juli 1967; BStU, ZA, DSt 400032.

<sup>53</sup> Vgl. dazu, allerdings nur auf die Planung innerer Repression bezogen: Thomas Auerbach: Vorbereitung auf den Tag X. Die geplanten Isolierungslager des MfS, BStU, Reihe B, Analysen und Berichte, Nr. 1/95, S. 24.

### 2.3 Die Parteiorganisation im MfS

Der Kontrolle durch die SED diene auch die Parteiorganisation im MfS, der "Landesverband VII c" bzw. ab August 1952 die "Bezirksparteiorganisation" und ab Herbst 1953 die "Kreisparteiorganisation" im MfS Berlin. Sie war vor allem für die politische "Erziehung" der Parteimitglieder und die Durchsetzung der kaderpolitischen Prinzipien der SED im Staatssicherheitsdienst zuständig. Mit ursprünglich fünf hauptamtlichen Mitarbeitern als Sekretariatsmitgliedern und vier Instruktoren in der Berliner Bezirksleitung und je drei hauptamtlichen Sekretariatsmitgliedern und ein bis zwei Instruktoren auf Bezirksebene war der Parteiapparat im Staatssicherheitsdienst schon personell zu schwach besetzt, um die laufende operative Arbeit anzuleiten. Der 1. Sekretär dieser SED-Gliederung, Generalmajor Otto Walter, war zudem als stellvertretender Minister in die administrative Hierarchie eingegliedert, was von vornherein verhinderte, daß er eine echte Kontrollinstanz hätte sein können.<sup>54</sup>

Die Parteiorganisationen in den Bezirks- und Kreisverwaltungen für Staatssicherheit – bis 1952 Landes- und Kreisverwaltungen – unterstanden ursprünglich der Parteiorganisation im Ministerium. Hier wurde im Herbst 1953, nach dem Sturz von Zaisser, ein weiterer Hebel angesetzt, um die Subordination der Staatssicherheit unter die Partei zu verstärken: Die Parteiorganisation im MfS wurde aufgespalten. Es bedürfte, war die Begründung, auch auf regionaler Ebene einer "Verbesserung der Leitung durch die Parteiorganisationen"<sup>55</sup>. Im Ministerium existierte von nun an eine SED-Kreisleitung, während die Parteiorganisationen in den Bezirks- und Kreisverwaltungen den 1. Sekretären der SED-Leitungen untergeordnet waren.

In allen Dienstseinheiten des MfS bestanden SED-Grundorganisationen, die sich der politischen Sozialisierung und Disziplinierung der Parteimitglieder zu widmen hatten. Über die Frage, ob auch die operative Arbeit auf den Parteiversammlungen diskutiert werden durfte, gab es in der ersten Hälfte der fünfziger Jahren verschiedentlich Auseinandersetzungen. Sie wurden 1956 mit dem Erlaß einer Direktive Wollwebers beendet, die von der Sicherheitskommission bestätigt worden war. Diese Direktive behielt faktisch bis 1989 Gültigkeit. Es war danach unzulässig, auf Parteiversammlungen zu sprechen über Namen, Anzahl und Einsatz von IM, über operative Technik, operative Vorgänge und geplante operative Maßnahmen.<sup>56</sup> Auf den Dienst bezogen durften in "Kritik und Selbstkritik" thematisiert werden: ein schlechter Arbeitsstil auch von Vorgesetzten, besonders ihre Personalführung, unmoralisches Verhalten, Faulheit usw., also Verletzungen allgemeiner Handlungsnormen, die die Effizienz der Arbeit minderten.

Die Pflichten der Parteiorganisationen im Staatssicherheitsdienst wurden – auf Basis eines Politbüro-Beschlusses vom 23. Februar 1954 – durch das übergeordnete Staatsorgan, das

---

<sup>54</sup> Vgl. Schumann: Parteiorganisation, S. 42–46.

<sup>55</sup> Beschluß des Politbüros vom 23.9.1953, S. 10; SAPMO-BA, DY 30 J IV 2/202/62, unpag., 12 S.

<sup>56</sup> Direktive 1/56 vom 10.2.1956; BStU, ZA, DSSt 101143.

Ministerium des Innern, geregelt. Als Grundaufgabe wurde die "politisch-ideologische und politisch-moralische Erziehung" der Mitarbeiter bezeichnet. Das sollte bedeuten:

"Die Mitarbeiter des Staatssekretariats für Staatssicherheit zu erziehen, zum Patriotismus, zur Liebe und Ergebenheit zur Deutschen Demokratischen Republik und ihrer Regierung, zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, zur bewußten Pflichterfüllung und zum kompromißlosen Kampf gegen Agenten, Spione, Saboteure und alle Feinde der Arbeiter- und Bauernmacht."<sup>57</sup>

Letzterer Begriff war weit gefaßt, wurde doch gefordert, "einen schonungslosen Kampf gegen jene opportunistischen und spalterischen Elemente, gegen Versöhnler, Pazifisten und den Sozialdemokratismus, zu führen." Zur Durchsetzung dieser Erziehungsziele verfügte die Parteiorganisation über starke Disziplinierungsmöglichkeiten, da ein Parteiausschluß zwangsläufig auch die Entlassung aus dem Ministerium nach sich zog. Aber auch unterhalb dieser schärfsten Disziplinarmaßnahme hatten die Parteiorganisationen erheblichen Einfluß auf die Kaderarbeit, da sie in die dienstliche Beurteilung der einzelnen Mitarbeiter eingebunden waren.

Der hauptamtliche Parteiapparat im Ministerium wurde in späteren Jahren bedeutend ausgebaut: Er hatte schließlich im Jahr 1989 160 feste Mitarbeiter im MfS Berlin<sup>58</sup> und zwischen 6 und 13 hauptamtlichen Mitarbeitern in den Bezirksverwaltungen<sup>59</sup>. Die 1. Sekretäre der SED-Kreisleitung im MfS leiteten ab 1953 keine Dienst Einheit, aber sie hatten einen militärischen Rang (Major Hermann Steudner 1953–1956; Oberst Alfred Schönherr 1956–1957; Generalmajor Gerd Heidenreich 1957–1979; Generalmajor Horst Felber 1979–1989) und waren zwar nicht mehr stellvertretende Minister wie ihr Vorgänger Otto Walter, aber doch Mitglieder des höchsten – beratenden – Kollektivgremiums der Staatssicherheit, des Kollegiums. Die Mitglieder der Kreisleitung waren zu einem erheblichen Teil dienstliche Führungskader, obwohl in den Parteiversammlungen "Dienstgrad und Dienststellung keine Rolle"<sup>60</sup> spielen sollten. Eine Übersicht aus dem Jahr 1986 zeigt, daß von den 75 Mitgliedern 40 eine Leitungsfunktion im MfS innehatten. Die anderen Mitglieder waren zumeist hauptamtliche Parteifunktionäre.<sup>61</sup> Schon diese Zusammensetzung, die im Umbruch 1989 heftig beklagt wurde,<sup>62</sup> garantierte, daß dienstliche Hierarchie und Parteihierarchie einander verstärkten.

---

<sup>57</sup> Ministerium des Innern: "Vorläufige Bestimmungen über den Parteaufbau im Staatssekretariat für Staatssicherheit" vom 23.2.1954; BStU, ZA, DSt 102102.

<sup>58</sup> Die Organisationsstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit 1989, bearbeitet von Roland Wiedmann (Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte, Struktur, Methoden. MfS-Handbuch, hrsg. von Klaus-Dietmar Henke, Siegfried Suckut, Clemens Vollnhals, Walter Süß, Roger Engelmann, Teil V/1), BStU, Berlin 1995, S. 372.

<sup>59</sup> Vgl. Kaderbestandsmeldung für das MfS vom Oktober 1989; BStU, ZA, HA KuSch, Abt. Plg. 10 (3) unpag.

<sup>60</sup> Direktive 1/56 des Ministers vom 10.2.1956.

<sup>61</sup> Vgl. "Mitglieder [der Kreisleitung im MfS vom 14./15.2.1986]"; BStU, ZA, Neiber 89, Bl. 58–62.

<sup>62</sup> Vgl. Walter Süß: Entmachtung und Verfall der Staatssicherheit. Ein Kapitel aus dem Spätherbst 1989, in: Deutschland Archiv 28 (1995) 2, S. 122–151, hier 139–141.



## 2.4 Die territorialen Parteileitungen

Nachdem der sowjetische Einfluß im MfS zurückzugehen begann und der Machtkampf zwischen Ulbricht und Wollweber in sein letztes Stadium getreten war,<sup>63</sup> wurden im Mai 1957 zwei Dienstanweisungen für das MfS verabschiedet, mit denen die Staatssicherheit auf regionaler Ebene stärkerer Kontrolle durch die Partei unterworfen wurde. In der Dienstanweisung 16/57, die ausgewählte Betriebe aber auch die staatlichen Institutionen auf zentraler Ebene betraf, wurde unter Bezug auf die Kritik des "Genossen Walter Ulbricht" moniert, daß das "Informatorennetz" "qualitativ ungenügend und in einer Reihe von Objekten auch zahlenmäßig zu schwach" und "die Verbindung der Objektsachbearbeiter [des MfS] zu den Leitungen der [territorialen] Parteiorganisationen und den Leitungen der Objekte [...] mangelhaft" sei.<sup>64</sup> Um dem abzuhelpfen, sollten in zentralen staatlichen Institutionen und Universitäten hauptamtliche oder inoffizielle MfS-Mitarbeiter in "Schlüsselpositionen" eingesetzt werden, die "wirtschaftliche und kaderpolitische Zusammenhänge" ihrer Dienststelle einzuschätzen und ihre Kollegen "aufzuklären", das heißt auszuforschen, hatten. In einer Reihe von Schwerpunktbetrieben wurden Operativgruppen des MfS eingerichtet, die einer erheblichen Einflußnahme der dortigen Betriebsparteileitungen unterworfen sein sollten. (Die Realisierung der Dienstanweisung ist bisher noch nicht untersucht.) Die Leiter dieser Gruppen wurden verpflichtet, ihren jeweiligen "Arbeitsplan" mit den 1. Sekretären der SED-Leitungen "durchzusprechen". Wenn vom "Parteisekretär Hinweise über verdächtiges oder feindliches Verhalten von Personen oder Personengruppen gegeben" wurden, waren die MfS-Mitarbeiter gehalten, "in jedem Falle sofort [...] die notwendigen operativen Maßnahmen zur Aufklärung und Bearbeitung dieser Hinweise einzuleiten".

Eine weitere Dienstanweisung mit der Nr. 17/57 betraf das lange umstrittene Verhältnis zwischen den territorialen SED- und MfS-Leitungen. Mit der Begründung, der Kampf "zur schnellen Liquidierung der von den Ostbüros der SPD, der bürgerlichen Parteien und zahlreichen anderen feindlichen Organen organisierten Untergrundorganisationen" weise "ernste Schwächen" auf, wurde festgelegt, daß die Stasi-Bezirkschefs ihre "Arbeitspläne" nur "nach Absprache mit dem 1. Sekretär der [territorialen] Bezirksleitung" der SED aufstellen durften. Eine analoge Regelung galt auf Kreisebene<sup>65</sup>. Noch gravierender war, daß in dieser Dienstanweisung zu den Normativakten, die die Arbeit der regionalen MfS-Einheiten steuerten, auch "Weisungen des 1. Sekretärs der Bezirksleitung bzw. des 1. Sekretärs der Kreisleitung" gezählt wurden, die "so durch[zuführen sind], daß die Sicherheit in ihrem Bezirk und in ihrem Kreis vollständig und jederzeit gewährleistet ist". Dieses Unterordnungsverhältnis hatte allerdings, worauf noch zurückzukommen sein wird, seine Grenze an der Wahrung der Konspiration.

---

<sup>63</sup> Vgl. Engelmann/Schumann: Kurs, S. 23–25.

<sup>64</sup> Dienstanweisung 16/57 vom 30.5.1957; BStU, ZA, DSt 100996.

<sup>65</sup> Dienstanweisung 17/57 vom 18.6.1957; BStU, ZA, DSt 100989.

## 2.5 Grenzen des Zugriffs auf die SED

Zur vollständigen Subordination der Staatssicherheit unter die Politbürokratie gehörte, daß ihr Zugriff auf die Partei, vor allem auf den Parteiapparat, politisch reguliert wurde. Die Sicherheitskommission des Politbüros untersagte deshalb in einer ihrer ersten Sitzungen der Staatssicherheit, den SED-Parteiapparat auszuspionieren.<sup>66</sup> Diese Vorschrift wurde offenbar bis zum Ende beibehalten, denn IM-Vorgänge wurden regelmäßig eingestellt, wenn ein Kader eine höhere Parteifunktion übernahm.<sup>67</sup> SED-Mitglieder waren zudem "nur in begründeten Ausnahmefällen als IM auszuwählen" – so die Norm.<sup>68</sup> Tatsächlich wurde dagegen laufend verstoßen, so daß etwa ein Drittel aller neugeworbenen IM der Partei angehörte.<sup>69</sup> Eine systematische Berichterstattung aus den unteren Gliederungen der SED scheint es jedoch – anders als aus den Blockparteien – nicht gegeben zu haben.

Allerdings war die bloße SED-Mitgliedschaft nie ein Schutz vor Observation und Verfolgung durch das MfS. Schließlich wollte die Politbürokratie keinesfalls darauf verzichten, sich der Staatssicherheit als Instrument in innerparteilichen Auseinandersetzungen zu bedienen. In dem zuvor erwähnten Beschluß der Sicherheitskommission aus dem Jahre 1954 war deshalb einschränkend verfügt worden: "Gegen Mitglieder und Kandidaten des Zentralkomitees und Mitglieder der Büros der Bezirksleitungen [der SED] können operative Maßnahmen durch die Organe der Staatssicherheit nur" – aber dann eben doch – "mit ausdrücklicher Genehmigung des Vorsitzenden der Sicherheitskommission durchgeführt werden."<sup>70</sup> Damit behielt sich Walter Ulbricht als Vorsitzender das ausschließliche Recht vor, Maßnahmen gegen seine Genossen in der Führung zu genehmigen und das sollte gewiß auch bedeuten: zu veranlassen. Die Politbüro-Mitglieder unterstanden zudem seit Februar 1953 einem "ununterbrochenen Schutz" – und damit natürlich auch wachsamer Kontrolle – durch Leibwachen und Fahrer von der Staatssicherheit.<sup>71</sup> Dieser Schutz wurde noch perfektioniert, als im Mai 1960 die Mitglieder des Politbüros in die Waldsiedlung Wandlitz umgesiedelt wurden, in der nicht nur die Bewachung rund um die Uhr, sondern auch Versorgung und Infrastruktur in den Händen von Mitarbeitern der Hauptabteilung Personenschutz des MfS lagen.<sup>72</sup> Die einzelnen Politbüromitglieder mögen

---

<sup>66</sup> In einem Beschluß der Sicherheitskommission vom 16.12.1954 wurde eine entsprechende Regelung, die bisher nicht auffindbar war, bekräftigt; BStU, ZA, SdM 407, Bl. 1–5.

<sup>67</sup> Ein bekanntes Beispiel ist IMS "Martin" alias Hermann Kant; vgl. dazu und zu weiteren einschlägigen Fällen Joachim Walther: Sicherungsbereich Literatur. Schriftsteller und Staatssicherheit in der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1996, S. 693f.

<sup>68</sup> Richtlinie 1/68 vom Januar 1968, in: Helmut Müller-Enbergs: Einleitung, in: ders. (Hrsg.): Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Richtlinien und Durchführungsbestimmungen, Berlin 1996, S. 242–282, hier 261.

<sup>69</sup> Vgl. Rede Mielkes auf dem Zentralen Führungsseminar des MfS im Dezember 1975; BStU, ZA, DSt 102261, S. 12.

<sup>70</sup> Beschluß der Sicherheitskommission vom 16.12.1954, Bl. 2.

<sup>71</sup> Beschluß des Politbüros vom 3.2.1953; Nachdruck in: Hoffmann/Schmidt/Skyba (Hrsg.): Die DDR, S. 142.

<sup>72</sup> Vgl. Peter Kirschey: Wandlitz/Waldsiedlung – die geschlossene Gesellschaft. Versuch einer Reportage. Gespräche. Dokumente, Berlin 1990, S. 145f.

das nicht als Überwachung empfunden haben, weil sie sich im Einvernehmen mit ihren "Beschützern" wußten. Eine Kontrolle, besonders ihrer sozialen Kontakte, war es dennoch.

### 3 MfS und KGB

Das sowjetische KGB – bzw. seine Vorläufer MGB (Ministerium für Staatssicherheit) und MWD (Innenministerium) – war der eigentliche Schöpfer des MfS. Fast bis zum Ende 1989 bezeichneten sich die hauptamtlichen MfS-Mitarbeiter als "Tschekisten" – eine Erinnerung an die im Dezember 1917 gegründete "Gesamtrussische Außerordentliche Kommission für den Kampf gegen Konterrevolution und Sabotage".<sup>73</sup> Hatte sich die Tscheka selbst als "Schild und Schwert der Revolution" glorifiziert, so war das MfS in seinem Selbstverständnis "Schild und Schwert der Partei", denn "Revolution" war nun Sache der Partei, und alle anderen Bestrebungen galt es zu verhindern.

Sowjetische Instrukteure waren zu Beginn der fünfziger Jahre in der Staatssicherheit allgegenwärtig.<sup>74</sup> Der Minister bzw. Staatssekretär für Staatssicherheit hatte seinen eigenen sowjetischen "Chefberater", an den Sitzungen des Kollegiums, des höchsten Kollektivorgans in der Staatssicherheit mit beratendem Charakter, nahmen die "Freunde" häufig teil und in allen Dienststeinheiten waren sie präsent. Sie "gewährten" nicht nur – wie die offiziöse Selbstdarstellung des MfS berichtet – den im geheimdienstlichen Metier großteils noch unerfahrenen Staatssicherheitskadern "als Kampfgefährten Hilfe und Unterstützung",<sup>75</sup> sondern sie hatten im Zweifelsfall das letzte Wort<sup>76</sup>. Es war nicht nur rhetorisch gemeint, als Ulbricht Ende 1956 Wollweber fragte: "Sag mal, wer leitet bei uns eigentlich die Staatssicherheit?" Er fügte hinzu: "Die Frage ist nicht aktuell, müsse aber mal geklärt werden, damit nicht der Eindruck entsteht, als wären wir gegen die sehr wertvolle Beratung der sowjetischen Freunde im Apparat der Staatssicherheit."<sup>77</sup> Ulbricht fühlte sich zu jenem Zeitpunkt bereits stark genug, diese Frage zu formulieren, doch es dauerte noch zwei Jahre und bedurfte noch einiger Veränderungen im generellen Verhältnis zwischen der UdSSR und ihren osteuropäischen Satellitenstaaten, ehe 1958 die Anzahl der sowjetischen "Berater" drastisch reduziert wurde. Es verblieben 32 "Verbindungsoffiziere",<sup>78</sup> deren Wort weiterhin erhebliches Gewicht hatte. Außerdem gab es bis zum Ende auf allen Ebenen – vom Minister bis zu den einzelnen Hauptabteilungen – eine

---

<sup>73</sup> Die Geschichte der Untaten dieser Institution, die in der Stalin-Ära mörderischen Charakter hatte, war im MfS ein Tabu. Vgl. das Kapitel zur Tscheka und ihren Nachfolgediensten in: "Studienmaterial zur Geschichte des Ministeriums für Staatssicherheit, Teil I", S. 25–92.

<sup>74</sup> Vgl. Engelmann: Diener, S. 51–54.

<sup>75</sup> "Studienmaterial zur Geschichte des Ministeriums für Staatssicherheit, Teil III", hrsg. von der Hochschule des MfS, 1980; BStU, ZA, Bibliothek SA 553/IIIa, S. 107.

<sup>76</sup> Vgl. Walter Süß: "Schild und Schwert" – Das Ministerium für Staatssicherheit und die SED, in: Klaus-Dietmar Henke und Roger Engelmann (Hrsg.): Aktenlage. Die Bedeutung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes für die Zeitgeschichtsforschung, Berlin 1995, S. 83–97, hier 89.

<sup>77</sup> Zitiert nach Wollweber: Aus Erinnerungen, S. 366.

<sup>78</sup> Vgl. Engelmann: Diener, S. 71.

enge Kooperation zwischen dem sowjetischen und dem DDR-Geheimdienst.<sup>79</sup> Man traf sich regelmäßig auf bi- und multilateralen Konferenzen, tauschte Informationen aus und vereinbarte gemeinsame Aktionen. Und schließlich befanden sich in Berlin-Karlshorst eine Außenstelle des KGB mit zuletzt zwischen 800 und 1.200 Mitarbeitern, die der I. Hauptverwaltung (Spionage) des KGB, und eine weitere Residentur bei der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Potsdam, die der Hauptverwaltung III (Militärische Abwehr) des KGB in der Moskauer Zentrale unterstellt war. Außerdem gab es eine Residentur des Militärischen Nachrichtendienstes (GRU) in Wünsdorf.<sup>80</sup>

Durch die Einrichtung von Operativgruppen des MfS in den anderen sozialistischen Ländern, die mit dem jeweiligen Partnerdienst zusammenarbeiteten, wurde die Kooperation weiter vertieft. Dabei ging es vorwiegend um die Überwachung der eigenen Bürger, die sich im befreundeten Ausland befanden und um die Sicherung der eigenen und die Ausspähung fremder Botschaften. In Zeiten politischer Instabilität – so in der Tschechoslowakei nach 1968 und in Polen in den achtziger Jahren – wurden zudem Informationen aus dem "Bruderland" gesammelt und dem SED-Apparat zur Verfügung gestellt.<sup>81</sup>

Ende der siebziger Jahre wurde die Kooperation auf eine höhere technische Ebene gestellt, als unter Leitung des KGB das "System der vereinigten Erfassung von Daten über den Gegner" (SOUD) eingerichtet wurde. Dieses System diente dem Austausch von personenbezogenen Informationen über ausländische Agenten, Diplomaten, Korrespondenten, wirkliche und vermeintliche Terroristen und "feindlich-negative" Westbürger, die Kontakte zur Opposition im sowjetischen Herrschaftsbereich pflegten.<sup>82</sup>

## 4 Organisatorische Entwicklung des MfS

### 4.1 Strukturen

Die Organisationsstruktur des MfS folgte der Territorialstruktur der staatlichen Ordnung und war dreistufig. Ab 1952 (nach der Auflösung der Länder und der Einrichtung der Bezirke):

---

<sup>79</sup> Eine erste Übersicht zu diesem noch weitgehend unerforschten Bereich gibt Bernhard Marquardt: Die Zusammenarbeit zwischen MfS und KGB, in: Materialien der Enquete-Kommission, Baden-Baden 1995, Bd. VIII, S. 297–361.

<sup>80</sup> Es gibt bisher keine quellengesicherten Angaben zu den Mitarbeiterzahlen. Die Angaben wurden übernommen aus Fricke: Die DDR-Staatssicherheit, S. 43 (Fricke zitiert eine wahrscheinlich von bundesdeutschen Diensten erstellte Broschüre aus dem Jahr 1960) und Manfred Schell und Werner Kalinka: Stasi und kein Ende. Die Personen und Fakten, Bonn 1991, S. 253, in der dazu keinerlei Quellenangaben gemacht werden.

<sup>81</sup> Vgl. Monika Tantzsch: "Maßnahme Donau und Einsatz Genesung". Die Niederschlagung des Prager Frühlings 1968/69 im Spiegel der MfS-Akten, BStU, Reihe B, Analysen und Berichte, Nr. 1/94, Berlin 1994; dies.: "Was in Polen geschieht, ist für die DDR eine Lebensfrage!". Das MfS und die polnische Krise 1980/81, in: Materialien der Enquete-Kommission, Baden-Baden 1995, Bd. V, S. 2601–2760.

<sup>82</sup> Vgl. Bodo Wegmann und Monika Tantzsch: SOUD. Das geheimdienstliche Datennetz des östlichen Bündnissystems, BStU, Reihe B, Analysen und Berichte, Nr. 1/96, Berlin 1996.

Ministerium – Bezirksverwaltungen (zuerst 16, ab 1982 15)<sup>83</sup> – Kreisdienststellen (zuletzt 217), daneben ein halbes Dutzend Objektdienststellen (OD) für besonders wichtige Objekte wie das KKW Greifswald und das Kombinat Carl Zeiss Jena.

Nachdem es der Staatssicherheit unter ihrem ersten Minister, Wilhelm Zaisser (1950–1953), nicht gelungen war, den Arbeiteraufstand am 17. Juni 1953 zu verhindern, wurde sie – auf sowjetischen Vorschlag<sup>84</sup> – zeitweilig zum Staatssekretariat im Ministerium des Innern herabgestuft. Der Nachfolger Zaisers, Ernst Wollweber (1953–1957), erhielt damit nur den Rang eines Staatssekretärs. Erst am 24. November 1955 wurde der Staatssicherheitsdienst wieder in ein Ministerium verwandelt – ein Status, den es unter seinem dritten Minister, Erich Mielke (1957–1989), bis zum Ende behielt.

Die einzelnen Hauptabteilungen (HA) und selbständigen Abteilungen im Ministerium waren entweder dem Minister oder Verantwortungsbereichen seiner Stellvertreter zugeordnet. Im Laufe der Jahre kam es zu vielen Umstrukturierungen und Umbenennungen, die hier nicht nachgezeichnet werden sollen. In der Spätphase unterstanden Minister Mielke direkt 19 der 44 Dienststeinheiten, darunter die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG), die HA IX (Untersuchung), die HA Kader und Schulung, die Abt. X (internationale Verbindungen) und die HA Personenschutz. Für neun Dienststeinheiten war sein Stellvertreter Generaloberst Rudi Mittig zuständig, darunter die HA XVIII (Wirtschaft), HA XIX (Verkehrswesen) und HA XX (Teile des Staatsapparates, Kirche und Opposition). Generalleutnant Gerhard Neiber unterstanden acht Dienststeinheiten, unter anderem die HA I (Abwehr in der NVA), die HA VI (Reiseverkehr), HA VII (Ministerium des Innern) und HA VIII (Observation). Der Stellvertreterbereich von Generalleutnant Wolfgang Schwanitz umfaßte vor allem die technischen Dienststeinheiten wie die Abteilungen Nachrichten und Bewaffnung und die Abt. 26 (Telefonüberwachung). Einen eigenen Bereich bildete die Hauptverwaltung A (Aufklärung), die Generaloberst Werner Großmann leitete.

Die Dienststeinheiten in den Bezirksverwaltungen waren der Zentrale nach dem "Linienprinzip" zugeordnet, zum Beispiel die Abt. XVIII einer Bezirksverwaltung der HA XVIII in Berlin. Es handelte sich dabei um "fachliche", nicht um administrative Subordination. Vor den Chefs der Bezirksverwaltungen erklärte Wollweber im August 1953:

"Die leitenden Mitarbeiter des Staatssekretariats [für Staatssicherheit] leiten die Abteilungen in den Bezirken fachlich durch Empfehlungen, Ratschläge, Hinweise usw. an. Insofern werden sie einen engen Kontakt haben, aber sie geben ihnen keine Befehle oder Direktiven. Das macht der

---

<sup>83</sup> Von 1952 bis 1982 war für die SDAG Wismut eine MfS-"Objektverwaltung" mit dem Status einer Bezirksverwaltung zuständig, die dann als Abteilung in die BVfS Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) eingegliedert wurde.

<sup>84</sup> Vgl. Schreiben von Zaisser an Grotewohl vom 13.7.1953, in: Hoffmann/Schmidt/Skyba (Hrsg.): Die DDR, S. 176–178.

Chef der Bezirksverwaltung. Direkte Anweisungen, Direktiven an einen Abteilungsleiter der Bezirksverwaltung gehen über den Chef der Bezirksverwaltung."<sup>85</sup>

Er fügte hinzu, daß die Abteilungsleiter in der Berliner Zentrale auch nicht befugt seien, den Bezirkschefs solche Anweisungen zu geben, sondern daß dieser Kommandostrang über seinen, für den betreffenden Bereich zuständigen Stellvertreter zu laufen hatte.

Anläßlich der Verstärkung der regionalen Parteikontrolle über die Bezirksverwaltungen im Jahre 1957 wurde dieses Prinzip in eingeschränkter Form wiederholt: Die Leiter der Hauptabteilungen und selbständigen Abteilungen im Ministerium erhielten nun ein direktes "Weisungsrecht" auf Linie gegenüber den Bezirksverwaltungen, durften es allerdings nur über den Leiter der jeweiligen BVfS ausüben.<sup>86</sup> Das entsprach einem weiteren Organisationsprinzip des MfS, der "Einzelleitung". Ihm zufolge hatte – beginnend beim Minister – "der Leiter in seinem Verantwortungsbereich die ungeteilte Verantwortung [dafür], daß alle politisch-operativen Aufgaben erfüllt" werden.<sup>87</sup>

Als Grundprinzip der inneren Ordnung des MfS galt – neben der Unterordnung unter die Partei – die "militärische Disziplin". Die einschlägige "Ordnung" von 1985 postulierte: "Der Dienst im MfS, der im unmittelbaren Auftrag der Partei geleistet wird, erfordert die bewußte und freiwillige Einhaltung der militärischen Disziplin."<sup>88</sup> Bei der Einstellung hatte jeder MfS-Angehörige in einem Fahneid zu schwören:

"... ein ehrlicher, tapferer, disziplinierter und wachsamer Soldat zu sein, den militärischen Vorgesetzten unbedingten Gehorsam zu leisten, die Befehle mit aller Entschlossenheit zu erfüllen und die militärischen und staatlichen Geheimnisse immer streng zu wahren."<sup>89</sup>

Befehl und Gehorsam sind die Schlüsselbegriffe dieses Eids, mit denen die grundsätzliche Kommunikationsstruktur des MfS benannt wird.

## 4.2 Personalbestand

Die Personalentwicklung im MfS weist ein erstaunlich kontinuierliches Wachstum auf. In der Gründungsphase (1950–1953) wuchs der Bestand an hauptamtlichen Mitarbeitern von anfangs ca. 1.100 auf 10.700. In den folgenden Phasen – der Aufbauphase (1953–1961), der Phase der Konsolidierung (1961–1970) und der Ära Honecker (1971–1989), als "real existierender Sozialismus" bezeichnet, tatsächlich aber eine gesellschaftspolitische Stagnationsphase – verdoppelte sich der Mitarbeiterbestand jeweils. Er betrug 1961 19.130, 1970 43.311 und 1989

---

<sup>85</sup> "Protokoll von der Dienstbesprechung mit den Leitern der Bezirksverwaltungen und den Abteilungsleitern im Staatssekretariat vom 21.8.1953"; BStU, ZA, SdM 1921, Bl. 203–228, hier 227. Für den Hinweis auf dieses Dokument danke ich Roger Engelmann.

<sup>86</sup> Vgl. Dienstanweisung 17/57 vom 18.6.1957.

<sup>87</sup> Stichwort "Einzelleitung", in: Suckut (Hrsg.): Das Wörterbuch der Staatssicherheit: Definitionen des MfS zur "politisch-operativen Arbeit", Berlin 1996, S. 105.

<sup>88</sup> Ordnung 14/85 – Disziplinarordnung – vom 5.7.1985; BStU, ZA, DSt 103201.

<sup>89</sup> Dienstlaufbahnordnung vom 13.7.1972, Anlage 1: Fahneid; BStU, ZA, DSt 101352.

91.015 Mitarbeiter. Von ihnen arbeitete 1989 etwa die Hälfte im MfS Berlin (36.421 in den zentralen Dienststellen, 11.426 beim Wachregiment), die andere Hälfte in den BVfS und den Kreis- und Objektdienststellen (43.168).<sup>90</sup>

Die stetige Expansion des Mitarbeiterbestandes zeugt sowohl von dem bürokratischen Eigeninteresse dieser Institution wie von der Bereitschaft der SED-Führung, entsprechende Mittel zu bewilligen. Beide einte eine Ideologie, in der jedes politische Ereignis als potentielle Bedrohung zu interpretieren war. Wendepunkte in der DDR-Entwicklung, die Anlaß für innergesellschaftliche Entspannung und damit für einen Abbau des geheimpolizeilichen Apparates hätten sein können, wurden so interpretiert, daß eine weitere Expansion der Staatssicherheit damit gerechtfertigt wurde: Die Schließung der Westgrenze im August 1961 machte angeblich größere Anstrengungen notwendig, weil sich der "Feind" jetzt noch geschickter tarnen würde.<sup>91</sup> Die Entspannungspolitik der siebziger Jahre war mit erheblich gesteigertem Reiseverkehr zwischen Ost und West verbunden. Das war Grund für das MfS, seine Überwachungsanstrengungen zu verdoppeln und zu verdreifachen, denn nun sei es – resümierte am Ende des Jahrzehnts die MfS-Hochschule – "dringend erforderlich" gewesen, "die politisch-operative Arbeit darauf zu konzentrieren, alle feindlichen Versuche zum Mißbrauch derartiger Reisen von DDR-Bürgern in das nichtsozialistische Ausland bzw. nach Westberlin zur Schädigung der DDR und zur Organisation staatsfeindlicher Tätigkeit rechtzeitig aufzuklären und ihre Realisierung zu verhindern". In umgekehrter Richtung galt es, die "Wirkungsmöglichkeiten der politisch-ideologischen Diversion und der Herstellung von Kontakten in der DDR, der Organisation der Spionage sowie der Abschöpfung von Staats- und Dienstgeheimnissen der DDR" zu unterbinden.<sup>92</sup> Ein Grund für erhöhten Sicherheitsbedarf ließ sich in diesem geschlossenen Weltbild immer finden. Der Drang der DDR nach internationaler Reputation und der durch den KSZE-Prozeß bedingte Zwang zur Verringerung offener Repression wurde kompensiert durch das Bemühen, innergesellschaftlichen Widerspruch präventiv zu bekämpfen und möglichst unsichtbar zu zersetzen – personalintensive Vorhaben. Erst die wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten seit Beginn der achtziger Jahre veranlaßten Mielke 1983 einen Stellenstopp zu verfügen<sup>93</sup> und minderten den Expansionsdrang.<sup>94</sup>

---

<sup>90</sup> Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter (MfS-Handbuch, IV/1), S. 98–101.

<sup>91</sup> Vgl. Suckut: Generalkontrollbeauftragter, S. 155; "Studienmaterial zur Geschichte des Ministeriums für Staatssicherheit, Teil V", hrsg. von der Hochschule des MfS, 1980; BStU, ZA, Bibliothek SA 553/Va, S. 7–19.

<sup>92</sup> "Studienmaterial zur Geschichte des Ministeriums für Staatssicherheit, Teil VII", hrsg. von der Hochschule des MfS, 1980; BStU, ZA, Bibliothek SA 553/VIIa, S. 68f.

<sup>93</sup> Schreiben des Ministers für Staatssicherheit an die Leiter der Dienststellen vom 25.1.1983; BStU, ZA, ZAIG 7488.

<sup>94</sup> Von 1983 bis 1989 stieg die Anzahl der Mitarbeiter von 82.684 auf 91.015. Die Zunahme der Mitarbeiterzahl ab 1985 war im wesentlichen eine Folge der Umstellung von nicht-etatisierten Posten, vor allem hauptamtlicher Inoffizieller Mitarbeiter (HIM), in reguläre Planstellen. Vgl. Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter (MfS-Handbuch, IV/1), S. 43f.

Zu den hauptamtlichen kamen die inoffiziellen Mitarbeiter (IM). Mit ihnen zu arbeiten, wurde als "Hauptaufgabe" aller operativen Mitarbeiter bezeichnet, weil – so die Dienstordnung von 1954 – das "die Voraussetzung für den vollen Erfolg unseres Kampfes gegen alle Volks- und Staatsfeinde" bildet.<sup>95</sup> Von "Volksfeinden" wurde später nicht mehr gesprochen – statt dessen von "feindlich-negativen Kräften" –, aber an der Wertung der IM als "Hauptwaffe im Kampf gegen den Feind"<sup>96</sup> wurde festgehalten. Ihre Zahl (soweit sie bisher feststellbar war) weist ebenfalls ein beachtliches Wachstum auf: von schätzungsweise 15.000 im Jahr 1953 auf 100.000 im Jahr 1968 und 180.000 im Jahr 1975. Damit war bei den IM freilich der quantitative Zenit überschritten. Es wurde die Weisung gegeben, künftig stärker auf die Qualität der IM-Kandidaten und der Zusammenarbeit zu achten. So verringerte sich ihre Anzahl bis 1989 sogar geringfügig auf 174.000, einschließlich der Inhaber von konspirativen Wohnungen und der Gesellschaftlichen Mitarbeiter für Sicherheit (GMS), die aus ihrer parteifrommen Einstellung kein Geheimnis zu machen hatten.<sup>97</sup>

Auch in diesen Zahlen verbergen sich politische Entwicklungen: Die starke Erhöhung der Zahl der IM und der GMS Ende der sechziger/Anfang der siebziger Jahre war einerseits durch die erwähnte Interpretation der Folgen der Entspannungspolitik bedingt. Andererseits war sie eine Konsequenz der etwas älteren Annahme, die von Ulbricht proklamierte "sozialistische Menschengemeinschaft" biete ein fast unerschöpfliches Reservoir von "aufrechten Patrioten"<sup>98</sup>, die bereit wären, zur Erhöhung der staatlichen Sicherheit beizutragen.<sup>99</sup> Da die GMS jedoch ihre politische Einstellung vor ihren Mitmenschen nicht verbargen, war ihr Zugang zu oppositionellen Milieus und kritischen Äußerungen sehr beschränkt. Um die Qualität der beigebrachten Informationen zu verbessern, wurde in späteren Jahren der Akzent wieder stärker von der richtigen politischen Position auf die konspirative Verwertbarkeit der IM verlagert.

### 4.3 Qualifizierung

In der Gründungsphase (1950–1953) verfügte nur ein geringer Teil der hauptamtlichen MfS-Mitarbeiter über einschlägige Erfahrungen. Geheimdienstliche oder polizeibürokratische Qualifikation hatten die wenigsten und auch das generelle Bildungsniveau war ausgesprochen niedrig. Die politisch "richtige", das heißt proletarische, Herkunft galt als wichtiger.<sup>100</sup> Das mit

---

<sup>95</sup> Dienstordnung vom 17.9.1954; BStU, ZA, DSt 100935.

<sup>96</sup> Richtlinie 1/79 vom 8.12.1979, in: Helmut Müller-Enbergs (Hrsg.): Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Richtlinien und Durchführungsbestimmungen, Berlin 1996, S. 305–373, hier 305.

<sup>97</sup> Müller-Enbergs: Einleitung, in: ebenda, S. 35, 54 und 59.

<sup>98</sup> So die Bezeichnung für inoffizielle Mitarbeiter jeglicher Couleur im Statut des MfS von 1969.

<sup>99</sup> Vgl. Müller-Enbergs: Einleitung, in: ders. (Hrsg.): Inoffizielle Mitarbeiter, S. 49f.

<sup>100</sup> Vgl. Gieseke: Die Hauptamtlichen 1962, S. 946–949.



der Unterqualifikation verbundene Gefühl der Überforderung und das Erlebnis sozialen Aufstiegs versprachen besonders hohe Loyalität gegenüber dem System.<sup>101</sup>

Die Qualifizierung erfolgte in diesen Jahren bei der Arbeit, die Anleitung lag vor allem in Händen der "Freunde". Generalmajor Kawerznew, der Leiter des KGB-Apparates in Berlin, berichtete 1952 nach Moskau, die sowjetischen Ausbilder würden ihren deutschen Genossen zeigen, "wie man Agenten [gemeint: IM] bearbeitet, vorbereitet und rekrutiert, wie man Akten über Agenten anlegt und mit Agenten arbeitet". Doch "Akten über die Ausforschung von Residenturen der anderen Seite und von anderen feindlichen Einrichtungen" würde man ihnen noch nicht anvertrauen: "Diese Akten wurden ihnen weggenommen und von unseren eigenen Leuten bearbeitet." Das habe sich negativ auf ihre Arbeitsmoral ausgewirkt.<sup>102</sup>

Zwei Jahre später klagte ein neuer sowjetischer Chefberater, Generalleutnant Pitowranow, gegenüber Ulbricht, daß die deutsche Staatssicherheit "viel zu junge und unerfahrene Mitarbeiter" habe. Besonders zu bemängeln sei "die außerordentlich niedrige Qualifikation der Sachbearbeiter der Kreisdienststellen". Deshalb sei das IM-Netz völlig ungenügend:

"Weil sie ein niedriges Bildungsniveau haben, wagen sie es nicht, Gespräche mit Intelligenzlern und anderen Schichten der Bevölkerung zu führen und wählen deshalb ihre Informanten nur unter Arbeitern und einfachen Leuten. In den Schwerpunkten der Arbeit, wie in der Kirche, in den anderen Parteien, bei der Intelligenz der Betriebe und in wichtigen Verwaltungsstellen, fehlen deshalb die Informanten oder es sind solche Informanten vorhanden, die keinen Überblick haben."<sup>103</sup>

Um die Mitarbeiter zu qualifizieren, war bereits 1951 die erste "Schule" des MfS in Potsdam-Eiche eingerichtet worden. Die Kurse, die meist drei Monate dauerten, wurden von einigen hundert "Kursanten" besucht.<sup>104</sup> In den folgenden Jahren wurde das Schulungswesen quantitativ erheblich ausgebaut,<sup>105</sup> so daß Anfang der sechziger Jahre bereits etwa 22 Prozent der Mitarbeiter in irgendeiner Form eine MfS-Ausbildung absolviert hatten.<sup>106</sup> In den sechziger und siebziger Jahren kam es dann zu einer Akademisierung des MfS. Im Kontext der "wissenschaftlich-technischen Revolution" durfte auch die Staatssicherheit nicht zurückbleiben.

---

<sup>101</sup> Vgl. Jan Foitzik: Die stalinistischen "Säuberungen" in den ostmitteleuropäischen kommunistischen Parteien. Ein vergleichender Überblick, in: Weber/Staritz (Hrsg.): Kommunisten verfolgen Kommunisten, S. 401–423, hier 408.

<sup>102</sup> Schreiben von Kawerznew an den Minister für Staatssicherheit S. D. Ignatjew vom 29.2.1952, zitiert nach Sergej A. Kondraschew: Stärken und Schwächen der sowjetischen Nachrichtendienste, insbesondere in bezug auf Deutschland in der Nachkriegszeit, in: Wolfgang Krieger und Jürgen Weber (Hrsg.): Spionage für den Frieden? Nachrichtendienste in Deutschland während des Kalten Krieges, München und Landsberg 1997, S. 145–153.

<sup>103</sup> Abteilung für Sicherheitsfragen im ZK der SED: Aktennotiz bzgl. Besprechung beim Genossen Walter Ulbricht am 8.1.1954, 9 S.; SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/12/119.

<sup>104</sup> Vgl. Günter Förster: Die Juristische Hochschule des MfS (Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte, Struktur, Methoden. MfS-Handbuch, hrsg. von Klaus-Dietmar Henke, Siegfried Suckut, Clemens Vollnhals, Walter Süß, Roger Engelmann, Teil III/6), BStU, Berlin 1996, S. 27–30.

<sup>105</sup> Überblick der Ausbildungsstätten bei Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter (MfS-Handbuch, IV/1), S. 34.

<sup>106</sup> Vgl. Gieseke: Die Hauptamtlichen 1962, S. 949.

Symbolischen Ausdruck fand dies in der Weiterentwicklung der bereits 1955 als "Sonderschule geschlossenen Charakters" gegründeten "Hochschule des MfS" in Potsdam-Eiche zu einer offiziell anerkannten "Hochschule für die juristische Ausbildung" im Jahre 1965.<sup>107</sup> Die Veränderung des Qualifikationsniveaus der hauptamtlichen MfS-Mitarbeiter ist daran abzulesen, daß noch 1962 84 Prozent als höchsten Schulabschluß die 8. Klasse hatten, während – auch hier hatte die DDR-Bildungsreform durchgeschlagen – 1988 83 Prozent über einen höheren Abschluß (10. Klasse oder Abitur) verfügten. Der Anteil der Fachschul- und Hochschulabsolventen am Mitarbeiterbestand wuchs im gleichen Zeitraum von 7 auf 27 Prozent.<sup>108</sup> Es handelte sich dabei nicht nur um als "Juristen" verkleidete Geheimdienstoffiziere (mit einer rechtswissenschaftlichen Ausbildung hatte das Studium an der "Juristischen Hochschule" nur am Rande zu tun<sup>109</sup>), sondern mehrheitlich um Kader, die eine externe Ausbildung absolviert hatten.<sup>110</sup> Das MfS war damit in den achtziger Jahren eine Institution mit einem relativ hohen Ausbildungsstand.

## 5 Im Dienste der Partei

Bisher wurden die institutionellen Verbindungen zwischen SED-Bürokratie und Staatssicherheitsdienst als Voraussetzung für ihr tätiges, "politisch-operatives" Zusammenwirken dargestellt. In diesem Abschnitt geht es um die Anleitung des MfS durch die SED und um die Zuarbeit des MfS für die Partei. Das ist ein sehr breites Feld, weil es große Teile der Herrschaftsgeschichte der DDR und nicht unerhebliche Teile ihrer Gesellschaftsgeschichte umfaßt. Es sollen an dieser Stelle nur die Grundlinien benannt und an einigen Beispielen illustriert werden.

Die SED-Führung gab auf Parteitag, Plena des ZK und Sitzungen des Politbüros die politische Linie vor, bestimmte den Handlungsspielraum der Staatssicherheit und erteilte konkrete Aufgaben. Änderungen der politischen Linie wurden innerhalb des MfS für die Spitzen der Generalität in Kollegiumssitzungen, für die Leiter der meisten Diensteinheiten auf Dienstbesprechungen und Dienstkonferenzen, auf Sitzungen der SED-Kreisleitung und auf Parteiaktivtagungen, für die einfacheren Dienstgrade in Sitzungen der Parteiorganisationen und in Arbeitsbesprechungen "ausgewertet". In dem Begriff "Auswertung" war als Forderung enthalten, daraus Schlußfolgerungen für die "operative Arbeit" abzuleiten. Das betraf vor allem die Schwerpunktsetzung in der Tätigkeit des MfS, aber auch die Frage, was jeweils als politisch korrekt oder als "feindlich-negativ" zu betrachten sei.

---

<sup>107</sup> Vgl. Förster: Die Juristische Hochschule des MfS (MfS-Handbuch, III/6), S. 30 und 34.

<sup>108</sup> Vgl. Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter (MfS-Handbuch, IV/1), S. 48f.

<sup>109</sup> Das ist schon daran abzulesen, daß nur 19 % der Ausbildungszeit im Hochschulstudium juristischen Themen gewidmet war. Wichtiger war die "operative Arbeit" vor allem mit IM (36 %) und der "Marxismus-Leninismus" (24 %). Vgl. Förster: Die Juristische Hochschule des MfS (MfS-Handbuch, III/6), S. 8.

<sup>110</sup> Vgl. Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter (MfS-Handbuch, IV/1), S. 49.

Mit der "Linie" war auch die "Abweichung" definiert. Für sie war in der Partei primär die Zentrale Parteikontrollkommission (ZPKK) zuständig. Im MfS wurde sie zum "Feindbild" verdichtet, das im "Politisch-operativen Wörterbuch" der Staatssicherheit folgendermaßen bestimmt wird:

"Das tschekistische F[eindbild] ist eine spezifische Erscheinungsform des auf der marxistisch-leninistischen Analyse des Klassenkampfes [...] beruhenden wissenschaftlichen Feindbildes der Arbeiterklasse. Es beinhaltet dessen Bestandteile und wird spezifisch geprägt durch die im konspirativen Kampf gegen den subversiven Feind gesammelten Erfahrungen und Erkenntnisse."<sup>111</sup>

Damit politische Differenzen in den Kompetenzbereich der Staatssicherheit gelangten, mußte der – aus Sicht der Politbürokratie – abweichenden Position als zusätzliche Komponente die Verbindung zum "Feind" beigefügt werden. Das war keine eigenständige Leistung der Staatssicherheit, sondern in wichtigen Fällen eine politische Vorgabe der Parteiführung, sonst ein ideologisch bedingter Reflex.

Das Grundmuster wurde bereits auf dem III. Parteitag im Juni 1950 sichtbar, auf dem das neue Ministerium gewissermaßen vorgestellt worden war.<sup>112</sup> In einer "Entschliebung" dieses Parteitages wurde die Verknüpfung von Abwehraufgaben der Staatssicherheit und innerer Repression durch die parteioffizielle Übernahme der stalinistischen Kampagne gegen eine vorgebliche Verschwörung unter Regie des Amerikaners Noel H. Field hergestellt. Die operative Phase dieses von Berija gesteuerten Manövers zur Gleichschaltung der osteuropäischen kommunistischen Parteien hatte in Ungarn bereits im Mai 1949 begonnen.<sup>113</sup> Das SED-Politbüro hatte für die DDR im November 1949 erste Weichen gestellt, sich dann jedoch mit der weiteren Vorbereitung sehr viel Zeit gelassen.<sup>114</sup> Nun erklärte der Parteitag, die Prozesse in Ungarn und Bulgarien hätten "den einwandfreien Beweis erbracht, daß die Tito-Clique im Auftrage und im Solde des anglo-amerikanischen Imperialismus in allen demokratischen und friedliebenden Ländern ein verzweigtes Netz von Agenten unterhält, die das schmutzige Handwerk der Kriegstreiber besorgen sollten." Es gelte, "die Tätigkeit der Staatssicherheitsorgane zu verbessern", um die "Feinde der Arbeiterklasse und Agenten des Imperialismus, unter welcher Flagge sie auch segeln mögen, zu entlarven und auszumerzen".<sup>115</sup>

---

<sup>111</sup> Suckut (Hrsg.): Wörterbuch der Staatssicherheit, S. 121.

<sup>112</sup> Vgl. den Redebeitrag von Wilhelm Pieck, in: Protokoll des III. Parteitages der SED, Berlin 1951, S. 20–108, hier 57 und 80–83.

<sup>113</sup> Vgl. Georg Hermann Hodos: Schauprozesse. Stalinistische Säuberungen in Osteuropa 1948–1954, Frankfurt/New York 1988; Wolfgang Maderthauer, Hans Schafranek und Bertold Unfried (Hrsg.): "Ich habe den Tod verdient". Schauprozesse und politische Verfolgung in Mittel- und Osteuropa 1945–1956, Wien 1991; Foitzik: "Säuberungen".

<sup>114</sup> Vgl. Weber: Schauprozeß, S. 439 und 441.

<sup>115</sup> Die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der SED. In: Protokoll des III. Parteitages, S. 225–275, hier 251f. Zu den genaueren Umständen dieser Kampagne in der DDR vgl. Karl Wilhelm Fricke: Warten auf Gerechtigkeit. Kommunistische Säuberungen und Rehabilitierungen. Bericht und Dokumentation, Köln 1971; Hodos: Schauprozesse, S. 176–198; Wilfriede Otto: Visionen zwischen Hoffnung und Täuschung, in:

Im folgenden Monat wurden auf einem Plenum des ZK erste praktische Schritte abgesegnet und die exemplarisch abzustrafenden Opfer (Paul Merker, Leo Bauer, Bruno Goldhammer u. a.) namentlich fixiert. Die Hauptrolle spielte die ZPKK, vertreten durch Hertha Geffke. Aber auch der gerade frisch in das ZK aufgestiegene Erich Mielke nutzte die Gelegenheit, um vor seinen Genossen auf die Unentbehrlichkeit des Geheimdienstes für die Disziplinierung der Partei hinzuweisen. Man müsse "als Partei eine große Selbstkritik entfalten", erklärte er und betonte damit den erzieherischen Charakter solcher Kampagnen, und er fügte hinzu: "Es sind ja auch schon von den Organen der Sicherheit eine Reihe von Menschen festgenommen worden, die unmittelbar damit in Verbindung standen, Trotzlisten, Diversanten und Mörder. Man kann diese Dinge nicht trennen."<sup>116</sup> In der Tat trennte die Staatssicherheit, wenn die Politbürokratie es verlangte, nicht zwischen "diesen Dingen" und war bereit, jeden zu kriminalisieren, bei dem es in die politische Linie paßte.

In jenen Jahren ging es um "terroristisch-administrative Machtgewinnung und -sicherung"<sup>117</sup>. Spätere Jahre brachten neue Aufgaben, manche Feindbilder änderten sich, die meisten jedoch waren von großer Beharrungskraft ("Imperialismus" und "Sozialdemokratismus", seit 1957 "Revisionismus" und "ideologische Diversion"). Vor allem aber blieb die ideologische Grundkonstruktion gleich: Jede Form des Widerstands gegen das Macht- und Ideologiemonopol der Parteiführung sollte durch angebliche Verbindungen der Opponenten zum äußeren "Feind" stigmatisiert und je nach politischer Opportunität auch kriminalisiert werden. Ebenso blieb das institutionelle Grundmuster gleich: Die SED-Führung verkündete ein bestimmtes Feindbild, dessen operative Umsetzung in praktische Repressionsmaßnahmen Aufgabe der Staatssicherheit (und soweit es die Partei betraf selbstverständlich der ZPKK) war, zum Teil auch der Kriminalpolizei, und anschließend der Staatsanwaltschaft und der Justiz – unter fortdauernder Überwachung und Anleitung durch MfS und Parteiapparat (vor allem der ZK-Abteilung für Staat und Recht).<sup>118</sup>

In einer neuen Frostperiode nach dem kurzen "Tauwetter", das der XX. Parteitag der KPdSU gebracht hatte, wurde – unter dem Eindruck der polnischen und der ungarischen Ereignisse – von der SED-Führung die Devise ausgegeben, es gelte die "Aufweichungstaktik des Imperialismus" zu bekämpfen.<sup>119</sup> Die sich daraus ergebenden Konsequenzen für die Staatssicherheit wurden von deren Chef Wollweber jedoch, wie ihm später vorgeworfen wurde, nur zögerlich realisiert. Als Ende 1957 die herrschenden kommunistischen Parteien – und damit auch die SED

---

Thomas Klein, Wilfriede Otto und Peter Grieder: Visionen. Repression und Opposition in der SED (1949–1989), Frankfurt/Oder 1996, S. 217–222; Weber: Schauprozeß.

<sup>116</sup> Zitiert nach Weber: Schauprozeß, S. 443f.

<sup>117</sup> Foitzik: "Säuberungen", S. 423.

<sup>118</sup> Vgl. Karl Wilhelm Fricke: Das MfS als Instrument der SED am Beispiel politischer Strafprozesse, in: Suckut/Süß (Hrsg.): Staatspartei, S. 199–212; Clemens Vollnhals: Der Schein der Normalität. Staatssicherheit und Justiz in der Ära Honecker, in: ebenda, S. 213–248.

<sup>119</sup> Bericht des Politbüros an das 30. ZK-Plenum, 30.1.–1.2.1957, zitiert nach Engelmann/Schumann: Kurs, S. 13.

– den "Revisionismus" als neue "Hauptgefahr" deklarierten,<sup>120</sup> wurde der "Feind" umgehend sogar im MfS selbst ausgemacht. Minister Wollweber, der in Übereinstimmung mit dem sowjetischen Geheimdienst und im Gegensatz zu Ulbricht eine Verlagerung der Kapazitäten der Staatssicherheit von der inneren Repression auf die "Westarbeit" angestrebt hatte,<sup>121</sup> wurde nun – nach seinem Sturz – vorgeworfen, er habe die Position vertreten, "daß die DDR so stark sei, daß es nicht notwendig ist, gegen die Tätigkeit der Aufweichung wirklich staatliche Mittel einzusetzen".<sup>122</sup> Das sei ein Ausdruck davon, daß Wollweber "dem Revisionismus, Opportunismus sowie der Aufweichung unserer Feinde zum Opfer" gefallen wäre.<sup>123</sup>

Neun Jahre später brachte das 11. ZK-Plenum einen restaurativen Schwenk in der Kulturpolitik. Ulbricht hatte dort die Erkenntnis formuliert: "Wenn wir die Propaganda des Skeptizismus zulassen, senken wir die Erhöhung der Arbeitsproduktivität um 1 Prozent."<sup>124</sup> Mielkes Stellvertreter Bruno Beater zog auf einer Kreisparteiaktivtagung im MfS die geheimpolizeiliche Schlußfolgerung: "Der Skeptizismus ist kein Weg, sondern eine Krankheit, die wir ausrotten müssen."<sup>125</sup> Trotz solch martialischer Sprüche kam freilich in allen bisher zitierten Fällen die Initiative zur Definition eines neuen Feindbildes von der SED-Führung, während der Staatssicherheitsdienst anschließend für die "operative" Umsetzung zuständig war.

Neben der Anleitung der Staatssicherheit durch die Definition der politischen Linie und die Vorgabe von Feindbildern, bis hin zur Benennung einzelner Personen, definierte die SED-Führung die Tätigkeit des MfS durch die Bestimmung seines jeweiligen Handlungsspielraums. Mit letzterem Begriff sind sowohl die politischen und gesellschaftlichen Bereiche gemeint, in denen das MfS aktiv werden durfte, wie auch die Normen, die es zu beachten hatte, und die jeweilige Intensität der Repression.

Das Statut von 1953 ist bereits zitiert worden, in dem der Staatssicherheit gestattet wurde, "die Zensur, die Beobachtung und die Verwendung technischer Mittel (Abhören) durchzuführen". Im Statut von 1969 war knapp davon die Rede, daß sich das MfS "spezifischer Mittel und Methoden" bediene. Das wurde von der Staatssicherheit – gewiß zu Recht – als Erlaubnis verstanden, sich geheimdienstlicher und geheimpolizeilicher Mittel auch gegen die eigene Bevölkerung zu bedienen. Es war allerdings kein grenzenloser Freibrief.

---

<sup>120</sup> Vgl. "Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder, die vom 14. bis 16. November 1957 in Moskau stattfand", in: Einheit 1957, H. 12, S. 1473–1485, hier 1480.

<sup>121</sup> Vgl. Engelmann: Diener, S. 63.

<sup>122</sup> Redebeitrag von Gerhard Heidenreich, 1. Sekretär der SED-Kreisleitung im MfS, auf der Kreisparteiaktivtagung des MfS am 14.2.1958; BStU, ZA, KL-SED 82, Bl. 4–106, hier 12.

<sup>123</sup> Redebeitrag von Otto Walter, 1. Stellvertretender Minister für Staatssicherheit; ebenda, Bl. 42.

<sup>124</sup> In: Günter Agde (Hrsg.): Kahlschlag. Das 11. Plenum des ZK der SED. Studien und Dokumente, Berlin 1991, S. 140.

<sup>125</sup> Rede von Beater am 20.1.1966; BStU, ZA, KL-SED 82, Bl. 557–593, hier 581.

In den ersten Jahren wurden die Arbeitsmethoden des MfS stärker von sowjetischen Instruktoren als vom Parteiapparat kontrolliert. Diese Instruktoren importierten die brutalen Verhörmethoden des NKWD/KGB.<sup>126</sup> Der Handlungsspielraum der MfS-Offiziere war entsprechend breit. Nach dem Sturz Berijas und besonders nach dem XX. Parteitag wurden auch in der DDR gewisse Veränderungen unvermeidlich. Auf dem ZK-Plenum im März 1956 sah sich Erich Mielke genötigt zu beteuern: "Die Erscheinungsformen in der Verletzung der demokratischen Gesetzlichkeit sind vielfach, sie sind keine Linie, das ist richtig. Es gibt keine Aufforderung, daß man so und so verfahren muß. Es gibt auch keine physische Anwendung."<sup>127</sup> Das war, wie Mielke selbst am besten wußte, gelogen.<sup>128</sup> Minister Wollweber kritisierte wenig später "ungesetzliche Methoden bei der Untersuchungsarbeit", die immer noch "vereinzelt" vorkämen "wie Kettenvernehmungen, Anwendung psychischer Mittel usw."<sup>129</sup>

Die Politbürokratie und das MfS konnten sich dem "Tauwetter" nicht ganz entziehen. Immerhin mußten etliche hundert Sozialdemokraten und Funktionäre von Blockparteien, über 3.000 von Sowjetischen Militärtribunalen Verurteilte und ebenso 12.000 "minderbelastete" Häftlinge amnestiert werden,<sup>130</sup> Tausende andere jedoch blieben in Haft und neue politische Gefangene kamen hinzu.<sup>131</sup>

Ulbricht ermahnte damals die Staatssicherheit, vorschnelle Verhaftungen und "Überspitzungen" zu vermeiden und auf "demokratische Gesetzlichkeit" zu achten.<sup>132</sup> Das war seinerzeit sicherlich eine Folge der Befürchtung Ulbrichts, die mit dem XX. Parteitag begonnene Entstalinisierung könne ihn seinen Posten kosten. Trotzdem blieb dieser Kurswechsel nicht ganz folgenlos. Einige der Methoden änderten sich in den folgenden Jahren, auch wenn es weiterhin zu Übergriffen kam.<sup>133</sup> Das (erpreßte) Geständnis, das typische Beweismittel stalinistischer Terrorjustiz, hatte nach 1956 nicht mehr die ausschließliche Bedeutung wie in den Jahren zuvor.

---

<sup>126</sup> Vgl. dazu beispielhaft Arkadi Waksberg: Die Verfolgten Stalins. Aus den Verliesen des KGB, Reinbek 1993. Augenzeugenberichte aus dem zentralen sowjetischen Untersuchungsgefängnis in der SBZ finden sich in: Zeitzeugen. Inhaftiert in Berlin-Hohenschönhausen, hrsg. von der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Berlin (1996), S. 4–15.

<sup>127</sup> Hoffmann/Schmidt/Skyba: Die DDR, S. 247.

<sup>128</sup> Vgl. den Bericht des in die DDR gelockten und dort verhafteten stellvertretenden Vorsitzenden der KPD, Kurt Müller, über sein Verhör durch Mielke. Kurt Müller: Ein historisches Dokument aus dem Jahr 1956. Brief an den DDR-Ministerpräsidenten Otto Grotewohl, in: Aus Politik und Zeitgeschichte Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 11/90, S. 16–29.

<sup>129</sup> Wollweber auf der Parteiaktivtagung im MfS am 11.5.1956; BStU, ZA, ZAIG 4844, Bl. 4.

<sup>130</sup> Vgl. den Bericht der zuständigen ZK-Kommission, in der die Böcke zu Gärtnern gemacht worden waren (Vorsitzender war W. Ulbricht; Erich Mielke und Hertha Geffke arbeiteten in der Kommission mit), vom 12.7.1956. Nachdruck in: Josef Gabert (Hrsg.): Zur Entlassung werden vorgeschlagen... Wirken und Arbeitsweise der Kommission des Zentralkomitees zur Überprüfung von Angelegenheiten von Parteimitgliedern 1956. Dokumente, Berlin 1991, S. 101–106.

<sup>131</sup> Die Zahl der wegen "Staatsverbrechen" inhaftierten Strafgefangenen betrug jeweils im I. Quartal des Jahres – 1956 13.127, 1957 5.902, 1958 5.381, 1959 6.695; Falco Werkentin: Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht, Berlin 1995, S. 409.

<sup>132</sup> Rede Ulbrichts vor dem MfS-Parteiaktiv am 11.5.1956, zitiert nach Engelmann/Schumann: Kurs, S. 6.

<sup>133</sup> Vgl. Fricke: Staatssicherheit, S. 129f.

Wenn das MfS in den siebziger und achtziger Jahren jemanden verhaften wollte, so mußte es einen Tatbestand vorweisen können, der unter das DDR-Strafgesetzbuch subsumierbar war. Und es mußten officialisierte Beweise vorgelegt werden. Auch Berichte von inoffiziellen Mitarbeitern allein genügten nicht.<sup>134</sup> Die Situation blieb allerdings darin gleich, daß der Gefangene von seiner Festnahme bis zur Verurteilung den Untersuchungsorganen fast total ausgeliefert war: durch Kontaktverbot nach außen, durch Bespitzelung mittels "Zelleninformatoren" und überlange Untersuchungshaft, durch Überwachung der Gespräche mit seinem Anwalt, durch Nichtaushändigung von Anklageschrift und Urteil. Dazu kamen die Gummi-Paragraphen des DDR-Strafrechts und das für den Angeklagten unsichtbare Zusammenspiel von SED, MfS, Staatsanwaltschaft, manchmal dem Rechtsanwalt und der Judikative.

Zu einschneidenden Veränderungen des repressiven Handlungsspielraums der Staatssicherheit kam es noch einmal in den siebziger Jahren im Zusammenhang mit Entspannungspolitik und KSZE-Prozeß. Nun war darauf zu achten, daß das internationale Ansehen der DDR nicht beschädigt wurde. "Strafprozessuale Maßnahmen", lehrte die MfS-Hochschule, "gegen Bürger der DDR mit nationalem und internationalem Ansehen und Beziehungen können innen- und außenpolitischen Interessen der DDR mehr schaden als nutzen."<sup>135</sup> Anstelle offener strafrechtlicher Verfolgung bediente man sich nun stärker präventiver Maßnahmen, versuchte einzuschüchtern und besonders aktive Opponenten, die in "operativen Vorgängen"<sup>136</sup> bearbeitet wurden, zu "zersetzen".<sup>137</sup>

Gerade in diesen Jahren kam es zu einem erheblichen Aufschwung unterschiedlicher Formen von Widerstand und Opposition. Immer mehr Menschen, die die DDR verlassen wollten, beriefen sich auf die KSZE-Schlußakte, schlossen sich mit anderen zusammen und versuchten durch "öffentlichkeitswirksame Aktionen" ihrem Anliegen Nachdruck zu verleihen. Unter dem Schutzdach der evangelischen Kirche begannen sich Friedens-, Umwelt- und Frauengruppen zu organisieren – von SED und Staatssicherheit der "politisch-ideologischen Diversion" (PiD) oder gar der "politischen Untergrundtätigkeit" (PUT) verdächtigt. All diese Ausdrucksformen aufkeimenden Widerstands überwachte die Staatssicherheit, berichtete darüber regelmäßig und

---

<sup>134</sup> Das hätte den Schutz der Anonymität des IM gefährdet. Vgl. Mielke, Schlußwort auf dem Zentralen Führungsseminar 1975, in: BStU, IM-Dokumentation, Berlin 1993, II, S. 613.

<sup>135</sup> "Lehrmaterial" der JHS vom Dezember 1977; BStU, ZA, JHS 24503, S. 11.

<sup>136</sup> 1988 waren im MfS 4.543 operative Vorgänge in Bearbeitung, davon waren 1.660 in diesem Jahr neu angelegt worden; ZAIG/2: Übersicht über Entwicklungstendenzen bei EV, IM, OV und OPK im Jahre 1988 und damit verbundene politisch-operative Probleme, 24.2.1989; BStU, ZA, ZAIG 13910, Bl. 90–106, hier 99.

<sup>137</sup> Zur "Zersetzung" gehörten Methoden wie die "systematische Diskreditierung des Rufes" einer Person, die "systematische Organisierung beruflicher und gesellschaftlicher Mißerfolge zur Untergrabung des Selbstbewußtseins einzelner Personen", das "Erzeugen von Mißtrauen und gegenseitigen Verdächtigungen innerhalb von Gruppen" u.ä.m. Zitate aus: Richtlinie 1/76 des Ministers für Staatssicherheit vom Januar 1976 "zur Entwicklung und Bearbeitung operativer Vorgänge (OV)"; Nachdruck in Karl Wilhelm Fricke: MfS intern. Macht, Strukturen, Auflösung der DDR-Staatssicherheit, Köln 1991, S. 93–136, hier 126f.

detailliert an die SED und sollte sie ohne öffentliches Aufsehen unterbinden. Ein Promovend der Juristischen Hochschule des MfS hat diesen politischen Zusammenhang in aller Deutlichkeit herausgearbeitet. Er schrieb 1989:

"Die Anwendung operativer Zersetzungsmaßnahmen bei der Bekämpfung von politischen Untergrundaktivitäten durch feindlich-negative Personenzusammenschlüsse ist aufgrund veränderter Lagebedingungen zu einem politischen Erfordernis geworden. Das MfS leistet durch diese 'lautlose' Form der Bekämpfung von feindlich-negativen Aktivitäten im Sinne politischer Untergrundtätigkeit einen wichtigen Beitrag zur Unterstützung der Dialogpolitik unserer Partei sowie zur Stärkung des internationalen Ansehens der DDR."<sup>138</sup>

Daß die Staatssicherheit ein überdimensionales Überwachungssystem geschaffen hat, ist hinlänglich bekannt. Obwohl Erich Mielke gewiß der Motor dieser Entwicklung war,<sup>139</sup> wußte er sich dabei doch im Einklang mit der Parteiführung. Schon im Frühjahr 1953 hatte Ulbricht auf einer Parteiversammlung im MfS erklärt: "Die Staatssicherheit muß alles wissen, das ist jetzt etwas mehr, als das früher der Fall war."<sup>140</sup> In der Landwirtschaft hatte in diesen Wochen im Zusammenhang mit der beginnenden Kollektivierung der Aufbau eines Überwachungsnetzes begonnen: In den Maschinen-Traktor-Stationen der LPG wurden ursprünglich legendierte, später offen auftretende hauptamtliche MfS-Mitarbeiter in den politischen Abteilungen beschäftigt.<sup>141</sup> Nach dem 17. Juni wurde aus der Kritik der Parteiführung, es habe an einer Warnung vor dem bevorstehenden Aufstand gefehlt, die Konsequenz gezogen, bei dem neuen Leiter des Staatssicherheitsdienstes eine "Informationsgruppe" einzurichten, die täglich auf Basis von Berichten inoffizieller Mitarbeiter über die Stimmung in den Betrieben zu berichten hatte.<sup>142</sup>

In den für die Wirtschaft zuständigen Teilen des Staatsapparates wurde die Staatssicherheit besonders in den sechziger Jahren im Zusammenhang mit den Wirtschaftsreformen fest verankert. Wollweber hatte zwar schon 1957 behauptet, das MfS "arbeitet an allen Stellen im Staat und im gesellschaftlichen Leben, außer in der Parteiorganisation",<sup>143</sup> doch seine systematische Präsenz in den Nervensträngen der Ministerien begann damit, daß 1966 die "Arbeitsgruppe Organisation und Inspektion" beim Ministerrat durch MfS-Offiziere "im besonderen Einsatz" übernommen wurde.<sup>144</sup> Damit nämlich hatte die Staatssicherheit den staatlichen Kontrollapparat in der Hand.

---

<sup>138</sup> BVfS Erfurt, Oberstleutnant Stark (Leiter der Abt. XX): "Die Anwendung von Maßnahmen der Zersetzung im Rahmen der operativen Bearbeitung feindlich-negativer Personenzusammenschlüsse", 18.1.1989; BStU, ASt Erfurt, unerschlossenes Material. Für den Hinweis auf dieses Dokument danke ich Eberhard Stein, Mitarbeiter der Außenstelle Erfurt des BStU.

<sup>139</sup> Alle einschlägigen Richtlinien der Staatssicherheit zur Arbeit mit IM, insgesamt fünf, wurden von Mielke unterzeichnet – auch in jener Zeit, als er noch nicht an deren Spitze stand.

<sup>140</sup> Walter Ulbricht: Referat auf der Parteiaktivtagung der SED im MfS am 28.5.1953, zitiert nach Schumann: Parteiorganisation, S. 24.

<sup>141</sup> Vgl. Haendcke-Hoppe-Arndt: Hauptabteilung XVIII (MfS-Handbuch, III/10), S. 14f. und 19f.

<sup>142</sup> Befehl 279/53 vom 7.8.1953; BStU, ZA, DSt 100072.

<sup>143</sup> Schlußwort Wollwebers auf der Dienstkonferenz am 23.5.1957; BStU, ZA, SdM 1921, Bl. 302.

<sup>144</sup> Vgl. Haendcke-Hoppe-Arndt: Die Hauptabteilung XVIII (MfS-Handbuch, III/10), S. 43.



Darüber hinaus nahm die Staatssicherheit durch "Sicherheitsüberprüfungen" im Staatsapparat bedeutenden Einfluß auf die Kaderpolitik. Es begann Mitte der fünfziger Jahre mit der Überprüfung von etlichen hundert ökonomischen Leitungskadern<sup>145</sup> und erfaßte schon in den sechziger Jahren das gesamte Führungspersonal in der Wirtschaft. In den siebziger und achtziger Jahren wurden alle Personen überprüft, die "in sicherheitspolitisch bedeutsamen Positionen der DDR im In- und Ausland eingesetzt werden bzw. [denen] sicherheitspolitisch bedeutsame Erlaubnisse und Genehmigungen insbesondere für Reisen nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin" erteilt werden sollten.<sup>146</sup> Das betraf Hunderttausende. Das Ziel war, "vorbeugend zu verhindern, daß durch ein Eindringen des Gegners bzw. feindlich-negativer und anderer ungeeigneter Personen in bedeutsame Positionen und Bereiche politische, ideologische und materielle Schäden und Gefahren entstehen können".<sup>147</sup> In dieser bewußt vagen Terminologie – "ungeeignet", "bedeutsam", "Gefahren entstehen können" – wird der Anspruch sichtbar, die Kaderpolitik der Fachbürokratien und der Partei in einem Ausmaß zu kontrollieren, das weit über echte Sicherheitsbelange hinausging. Auch wenn die Zahl der Fälle, in denen das MfS seine Zustimmung verweigerte, relativ gering war,<sup>148</sup> wurden damit doch berufliche Entfaltungsmöglichkeiten erstickt, und es wurde weit über den Kreis der unmittelbar negativ Betroffenen hinaus Anpassung erzwungen. Es handelte sich dabei ursprünglich um die Absicherung der Kaderpolitik der SED mit geheimpolizeilichen bzw. geheimdienstlichen Mitteln. Wie weit das MfS darüber hinaus die Sicherheitsüberprüfungen in dem Sinne als Instrument einer eigenen Kaderpolitik benutzt hat, daß es ihm besonders genehme Personen auf bestimmte Posten gedrückt hat, ist eine Frage, die beim gegenwärtigen Stand der Forschung noch nicht zu beantworten ist.

In den siebziger Jahren wurde der Überwachungsapparat – wie erwähnt – besonders in Gestalt der IM noch einmal ausgebaut. Das war eine unmittelbare Folge der politischen Vorgabe, die außenpolitischen Bemühungen der Partei- und Staatsführung nicht zu stören. In der MfS-Dienstanweisung 2/85 wurde dieses Vorhaben systematisiert als Aufgabe einer "vorbeugenden Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit"<sup>149</sup>. Entscheidend war das Wörtchen "vorbeugend", weil es einen immensen geheimpolizeilichen Aufwand bedeutete, wollte die Staatssicherheit dem Ruhebedürfnis der Partei- und Staatsführung gerecht werden.

---

<sup>145</sup> Vgl. ebenda, S. 21; Reinhard Buthmann: Auftrag Kadersicherung, BStU, Abt. BF (in Vorbereitung).

<sup>146</sup> Richtlinie 1/82 vom 17.11.1982; BStU, ZA, DSt 102900, S. 7; vgl. auch Ordnung über die Erfassung von Personen in der Abteilung XII auf der Grundlage von Sicherungsvorgängen vom 1.6.1976; BStU, ZA, DSt 102168; Buthmann: Auftrag.

<sup>147</sup> Artikel "Sicherheitsüberprüfung", in: Suckut (Hrsg.): Wörterbuch der Staatssicherheit, S. 331.

<sup>148</sup> So wurde beispielsweise im Jahr 1987/88 nur ein Prozent aller Anträge zu Sportreisekadern abgelehnt; vgl. MfS und Leistungssport. Ein Recherchebericht, BStU, Reihe A, Dokumente, Nr. 1/94, Berlin 1994, S. 18.

<sup>149</sup> Dienstanweisung 2/85 vom 20.2.1985; BStU, ZA, DSt 103138.

Wesentliche Aspekte der Zuarbeit des Staatssicherheitsdienstes für das MfS sind bereits genannt, ein Aspekt bedarf noch der Erläuterung: Die Informationsbeschaffung des MfS für den SED-Apparat. Auf allen Ebenen existierte ein eingespieltes Informationssystem: Der Leiter einer Kreisdienststelle hatte regelmäßig, zumindest wöchentlich, manchmal täglich, an den 1. Sekretär der SED-Kreisleitung "unter Wahrung der Konspiration" über die Lage in seinem Verantwortungsbereich zu berichten. Das gleiche galt zwischen BVfS und Bezirksleitung.<sup>150</sup> Auf höchster Ebene wurden ausgewählte Politbüromitglieder durch die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) beliefert, die sich aus der 1953 eingerichteten "Informationsgruppe" im Laufe der Jahre zu einer Art Gehirn der Staatssicherheit mit mehreren hundert Mitarbeitern (1989: 423) entwickelt hatte.<sup>151</sup> Neben der Routineberichterstattung gab es Berichte zu Einzelaspekten und die Mitarbeit von MfS-Offizieren in ad hoc eingerichteten Arbeitsgruppen: in den achtziger Jahren zum Beispiel zu "Ausreiseantragstellern", zur Vorbereitung eines Kirchentages, dessen "Öffentlichkeitswirksamkeit" eingedämmt werden sollte, oder auch einer Demonstration.

Bei der Übergabe von Informationen an externe Stellen, einschließlich der SED, war "ständig zu beachtender Grundsatz", erklärte 1980 der Leiter der ZAIG, "die unbedingte Wahrung von Konspiration und Geheimhaltung. [...] Ungeachtet der nicht in Zweifel zu stellenden Zuverlässigkeit der Empfänger [...] haben wir konsequent zu sichern, daß keinerlei Angaben über die Struktur des MfS, über die konkreten Mittel und Methoden unserer Arbeit nach außen dringen."<sup>152</sup> In einer Dienstanweisung des Leiters der BVfS Berlin, Schwanitz, wurde dieser Aspekt noch genauer erläutert: Die Informationen dürften "keine Rückschlüsse auf inoffizielle Mitarbeiter, konspirative Mittel und Methoden des MfS, die operative Bearbeitung/Kontrolle von Personen, laufende operative Aktionen und andere Interna des MfS zulassen."<sup>153</sup>

Die Gratwanderung zwischen Informationspflicht gegenüber dem SED-Apparat und Wahrung der Konspiration war nicht das einzige Problem des Staatssicherheitsdienstes bei der Erfüllung seiner Funktion als Frühwarnsystem. Dieser Aufgabe konnte er auch deshalb nur begrenzt nachkommen, weil die Institution, in der die Funktionsprobleme des Systems permanent neu produziert wurden, der zentrale Parteiapparat, außerhalb seiner Kompetenz lag, und er auf die Weiterverarbeitung eventuell kritischer Informationen keinen Einfluß hatte. Das MfS hatte in dieser Beziehung zwei Funktionen: unabhängige, kritische Stimmen zum Verstummen zu

---

<sup>150</sup> Befehl 584/60 vom 7.12.1960; BStU, ZA, DSt 100299. Dieser Befehl wurde in den folgenden Jahren noch mehrfach modifiziert und das Berichtswesen ausgebaut.

<sup>151</sup> Vgl. Walter Süß: Die Stimmungslage der Bevölkerung im Spiegel von MfS-Berichten, in: Eberhard Kuhr (Hrsg.): Die SED-Herrschaft und ihr Zusammenbruch. Am Ende des realen Sozialismus, Bd. 1, Opladen 1996, S. 237–286, hier 239f.

<sup>152</sup> ZAIG: Die Informationstätigkeit an den 1. Sekretär der Kreisleitung der SED und an andere leitende Partei- und Staatsfunktionäre des Verantwortungsbereiches (Vortrag), Oktober 1980; BStU, ZA, ZAIG 7058, Bl. 3–68, hier 24.

<sup>153</sup> Dienstanweisung 4/84 des Leiters der BVfS Berlin vom 22.10.1984, VVS Bln. o001-121/84; BStU, ASB Berlin D 1/11, unerschlossenes Material.

bringen, um das Machtmonopol der SED abzusichern, und eine kritische Öffentlichkeit zu simulieren. Wägt man diese beiden Funktionen gegeneinander ab, so war der Beitrag der Staatssicherheit zur Destabilisierung des Systems durch Zerstörung von Kritik- und Lernpotentialen zweifellos der bedeutsamere Beitrag. Das gilt letztlich für die gesamte geheimpolizeiliche Dimension der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes. Wenn man dies nachträglich feststellt, wird das Dilemma erst deutlich, denn die Parteibürokratie hätte ihre Diktatur ohne die Geheimpolizei schwerlich aufrechterhalten können.

Das MfS war Geheimdienst und Geheimpolizei, Instrument der Partei und Staatsorgan. Es hatte spezifische Methoden, und es gab eine gewisse Sachlogik geheimdienstlicher Arbeit. Doch die SED bestimmte die Funktion und die Ziele der Tätigkeit des MfS und vor allem sein Selbstverständnis als "Schild und Schwert der Partei". Der einzelne MfS-Mitarbeiter verstand sich als "Parteisoldat". Das Feindbild des MfS, das dieser Institution ihre *raison d'être* gab, und die ideologisch legitimierte Parteidiktatur waren untrennbar miteinander verbunden. Als sich die SED in der revolutionären Krise des Herbstes 1989 unter dem Druck der demokratischen Volksbewegung von der Staatssicherheit zu distanzieren begann, waren die "Tschekisten" nicht in der Lage eine eigene Perspektive zu entwickeln.<sup>154</sup> Der Beschluß zur Auflösung der am 18. November 1989 in "Amt für Nationale Sicherheit"<sup>155</sup> umbenannten Institution am 13. Januar 1990<sup>156</sup> löste deshalb keinen größeren Widerstand mehr aus. Ziemlich sang- und klanglos wurden fast alle ehemaligen Geheimdienstler bis zum 31. März 1990 entlassen,<sup>157</sup> die Immobilien an andere Rechtsträger übergeben und die Archive der Obhut von Bürgerkomitees, später eines staatlichen Komitees unterstellt. Die Einsichtnahme in die Akten und die Aufarbeitung aller Geschichten, die sich darin verbergen, konnte – nachdem einige weitere Hürden genommen waren<sup>158</sup> – beginnen.

---

<sup>154</sup> Vgl. Süß: Entmachtung.

<sup>155</sup> Diese Umbenennung war in der Regierungserklärung von Ministerpräsident Modrow enthalten, die am 18.11.1989 von der Volkskammer gebilligt wurde.

<sup>156</sup> Beschluß des Ministerrates 9/1.b/90 vom 13.1.1990; BArch Berlin, C-20 I/3-2892.

<sup>157</sup> Die Mitarbeiter der HV A, denen das Privileg zuteil wurde, ihren Apparat selbst aufzulösen (und die Akten fast vollständig zu vernichten), waren bis zum 30.6.1990 zu entlassen. Vgl. David Gill und Ulrich Schröter: Das Ministerium für Staatssicherheit. Anatomie des Mielke-Imperiums, Berlin 1991, S. 213f.

<sup>158</sup> Vgl. Silke Schumann: Vernichten oder Offenlegen? Zur Entstehung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes. Eine Dokumentation der öffentlichen Debatte 1990/1991, BStU, Reihe A, Dokumente, Nr. 1/95.

## Abkürzungsverzeichnis

Abt.	Abteilung
ASt	Außenstelle
BA	Bundesarchiv
BF	Bildung und Forschung
BStU	Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR
BVfS	Bezirksverwaltung für Staatssicherheit
DSt	Dokumentenstelle
EV	Ermittlungsverfahren
FDJ	Freie Deutsche Jugend
GBL	Gesetzblatt
GMS	Gesellschaftlicher Mitarbeiter für Sicherheit
HA	Hauptabteilung
HIM	Hauptamtlicher Inoffizieller Mitarbeiter
HV A	Hauptverwaltung A (Aufklärung)
IM	Inoffizieller Mitarbeiter
JHS	Juristische Hochschule
KGB	Komitet gossudarstwennoi besopasnosti pri Sowjete Ministrow SSSR – Bezeichnung seit 1954
KKW	Kernkraftwerk
KL	Kreisleitung
KSZE	Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
KuSch	Kader und Schulung
LPG	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft
MA	Militärarchiv
MdI	Ministerium des Innern
NKWD	Narodny kommissariat wnutrennich del – (russ.) Volkskommissariat für innere Angelegenheiten; Bezeichnung für den Geheimdienst der UdSSR 1934–1946
NVA	Nationale Volksarmee

o. P.	ohne Paginierung
OibE	Offizier im besonderen Einsatz
OPK	Operative Personenkontrolle
OV	Operativer Vorgang
SA	Sachakten
SAPMO-BA	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SDAG	Sowjetisch-Deutsche Aktiengesellschaft
SdM	Sekretariat des Ministers
SOUD	System der vereinigten Erfassung von Daten über den Gegner
UV	Untersuchungsvorgang
VVS	Vertrauliche Verschlusssache
ZA	Zentralarchiv
ZAIG	Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe
ZK	Zentralkomitee
ZPKK	Zentrale Parteikontrollkommission